

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlusszeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Juli 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Städte als Fleischlieferanten.

Bekanntlich beschränkten sich die Maßnahmen der Regierung zur Linderung der Teuerung im vergangenen Jahre darauf, daß die Einfuhr von Vieh und Fleisch, soweit sie durch Gemeindebehörden geschah, etwas erleichtert wurde. Als diese Hilfsaktion von der Sozialdemokratie sofort als völlig unzulänglich beurteilt wurde, verwies die Regierung darauf, daß man zunächst die Wirkungen ihres Erlasses abwarten solle und daß sie dann die eventuell notwendig werdenden Ergänzungen einleiten wolle. Nun ist fast ein ganzes Jahr seitdem verstrichen und der Erfolg der Regierungsmaßnahmen läßt sich voll übersehen. Aber was der einzelne Verbraucher mit Sorgen im eigenen Haushalt verspürt hat, wird durch die Statistik im Großen bestätigt: die Sozialdemokratie hat leider nur zu recht behauptet, von einer Linderung der Fleischnot kann keine Rede sein. Zwar sind die Preise gegen den vergangenen Herbst etwas gesunken, aber wie weit das durch die Maßnahmen der Regierung verursacht wurde, bedarf noch der Untersuchung. Es ist daher nur zu begrüßen, daß der Leiter des städtischen statistischen Amtes in Berlin in einer Broschüre über die kommunale Fleischversorgung¹⁾ Momente für die Beurteilung dieser Frage liefert.

Eine Nachprüfung, ob die von der Regierung angeregten Mittel die Fleischnot wirklich lindern konnten, wird von dem Umfang der abzustellenden Uebel ausgehen müssen. Wie schwer eine Nahrungsmittelpreiserhöhung den Arbeiterhaushalt trifft, zeigen die Berechnungen des kaiserlich statistischen Amtes, wonach 46 Proz., also fast die Hälfte, des gesamten Einkommens von minderbemittelten Familien für die Ernährung ausgegeben werden. Die Ausgaben für Fleisch- und Wurstwaren beanspruchen allein mehr als 11 Proz. des Gesamteinkommens. Da der Proletarier schon für gewöhnlich seinen Fleischkonsum einschränkt, wird ihm durch eine Fleischpreiserhöhung der Genuss dieses notwendigen Nahrungsmittels fast gänzlich unmöglich gemacht. Wie sehr das den Ernährungs- und Gesundheitszustand der Massen ungünstig beeinflusst, das vermag uns die Statistik nicht zu zeigen. Die volle Wirklichkeit ungenügender Ernährung erfahren nur die davon Betroffenen. Zahlen geben da nur einen gewissen Anhalt. In den 50 er Jahren kostete ein Pfund Rindfleisch 26 Pfennige; heute muß man mehr als das Dreifache dafür zahlen. Legt man den Schätzungen des kaiserlich statistischen Amtes, die aber nach den Untersuchungen von Professor Esellen viel zu hoch gegriffen sind, einen Fleischkonsum von 53,33 Kilo pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1911 zugrunde, so fiel dieser rein rechnerische Durchschnittsverbrauch im Jahre 1912 auf 52,21 Kilo. Der Preis dieser Fleischquantität stieg aber von 83,97 auf 90,86 M. oder um 6,90 M. Für die geringere Menge Fleisch mußte als ein höherer Preis gezahlt werden. Nimmt man mit Silbergleit an, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung auf den Kauf angewiesen war, während der übrige Teil, die ländliche Bevölkerung, das vergebene Fleisch im eigenen Haushalt produzierte, so würde das wenigstens eine Mehrbelastung von 226 Millionen Mark ausmachen.

Trotzdem die in Deutschland allgemein verbreitete Fleischnot eine Dämpfung aller Grenzen zugunsten aller Konsumenten nötig gemacht hätte, beschränkte die Regierung ihre Einfuhrerlaubnis auf große Städte, die als Märkte für die Vieh- und Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend wären. Aber auch diesen wurde nicht die Einfuhr schlechterdings erlaubt, sondern gewisse Produktionsländer als Bezugsquellen vorgeschrieben. Soweit die Regierung die Erleichterungen gewährte, scheinen die Kommunen auch davon Gebrauch gemacht zu haben. Von 62 befragten Städten mit über 75 000 Einwohnern hatten 60 mit insgesamt etwa 15,1 Millionen Einwohnern einen gemeindlichen Fleischbezug organisiert. Alle zusammen bezogen vom Herbst 1912 bis März 1913 rund 9000 Rinder und 13,86 Millionen Kilo Fleisch aus dem Auslande. Das bedeutet für den Konsum von 15,1 Millionen Menschen in 60 Städten recht wenig, besonders wenn man berücksichtigt, daß Groß-Berlin an diesem Bezug allein mit einem Drittel (32 Prozent) beteiligt ist. Eine Stadt wie Aachen mit 156 000 Einwohnern erscheint in der Statistik mit einem Fleischbezug von 286 Rindern und 50 000 Kilo Fleisch, Elberfeld (170 000 Einwohner) mit einem solchen von 466 Rindern und 10 600 Kilo Fleisch! Wohl hatten sich die Städte in mehreren Eingaben um Befreiung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes bemüht, wodurch die Einfuhr aus den weitreichenden überseeischen Gebieten Australiens und Amerikas möglich geworden wäre, aber die Regierung ließ es bei der Erlaubnis aus europäischen Ländern, die selbst über keine großen Viehbestände verfügen. So wurde die Einfuhr von Rindfleisch oder lebenden Schlachtrindern aus Rußland, Serbien, Rumänien, Bulgarien und den Niederlanden zugelassen. In diesen Gebieten entfallen auf den Kopf der Bevölkerung nicht mehr Rinder als in Deutschland (etwa 0,33). Australien und Argentinien mit einem Rinderbestand von 2,43 bzw. 5,28 Rindern pro Kopf der Bevölkerung blieben hingegen durch Aufrechterhaltung des § 12 für die Einfuhr verschlossen. Die Kommunen hatten daher vielfach mit

der Schwierigkeit zu kämpfen, überhaupt Fleisch oder Vieh zu billigem Preise aufzutreiben. Die Einfuhr aus den Balkanländern war durch den Krieg völlig unterbunden. Aus Rußland, das am ehesten für den Bezug in Betracht kommen konnte, durften nach dem Regierungsverbot nur Städte des Ostens einführen. In Holland brach schließlich zu Anfang dieses Jahres noch die Maul- und Klauenseuche aus, so daß auch dies Land ausgeschaltet wurde.

Zu den Schwierigkeiten des Bezugs kamen an sehr vielen Orten solche des Verkehrs. Da die Gemeindebehörden mit Rücksicht auf die Stimmung des Mittelstandes fast überall das Fleischergewerbe zum Verkauf des eingeführten Fleisches herangezogen, war es den Fleischern ein leichtes, durch allerlei Manöver das Interesse der Konsumenten zu verlegen. Auch wo es nicht wie in Berlin durch die Schuld der Fleischhändler den bekannten turbulenten Szenen kam, flaute die Beteiligung der Fleischer so ab, daß zahlreiche Städte schließlich den Verkauf selbst in die Hand nahmen.

Was nun die Kardinalfrage anbetrifft, ob der ausländische Fleischbezug auf die Preise verbilligend wirkt, so antwortete Silbergleit darauf nicht mit zahlenmäßigen Belegen. Anzunehmen ist, daß der fast überall beobachtete Preisrückgang auch ohne die städtischen Maßnahmen infolge der natürlichen Entwicklung eingetreten wäre. Mehrere Städte führen aber das Zurückweichen der Preise auf den von ihnen organisierten Fleischbezug zurück, und die Gut der Agrarier und Fleischer über die kommunalen Behörden, die den Bezug energisch durchführten, läßt diesen Einfluß auch durchaus glaubwürdig erscheinen. Man kann daher Silbergleit darin zustimmen, daß es nicht die Schuld der Kommunen ist, wenn die Wirkung ihrer Maßnahmen nicht größer war. Man braucht sich nur an die oben angeführten Zahlen über die Höhe des Bezuges erinnern, um zu erkennen, daß solche geringe Einfuhrmengen gegenüber dem gewaltigen Gesamtkonsum die Preise nicht stark zu beeinflussen vermögen. Sind der Tätigkeit der Kommunen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung auch durch die Zollpolitik des Reiches gewisse Schranken gesetzt, so kann andererseits aber nicht davon gesprochen werden, daß die Organisation dieser Versorgung durch die Kommunen unmöglich sei. Das zeigen die günstigen Erfahrungen der Orte, wo der Fleischbezug in größerem Maßstabe durchgeführt wurde. Die Organisation dieses Bezuges selbst bietet für die kommunalen Behörden keine Schwierigkeiten und die Erfahrungen des letzten Winters werden gewisse Klippen bei künftiger Wiederholung des Bezugs von vornherein vermeiden lehren. So wird man zum Beispiel in Zukunft den Versuch überhaupt nicht mehr wiederholen dürfen, die Fleischer für den Vertrieb des Fleisches heranzuziehen.

Das Hauptthema einer ausreichenden Lebensmittelversorgung liegt allerdings bei der Regierung und den agrarischen Parteien. Die gegenwärtige Teuerung, die bereits wieder fast den Stand der vorjährigen erreicht hat, muß Anlaß zu einem Ansturm gegen den Zollwucher werden, und die Regierung wird nicht wieder mit der alten Ausrede kommen können, daß die Ausfichten der Preisentwicklung gute seien und daß die tatsächliche Not durch die bisherigen Maßnahmen beseitigt sei. Die sich ankündigenden Krisenzeiten bringen an und für sich schon Belastung und Elend genug für die arbeitenden Klassen, wodurch die bestehende und sich wahrscheinlich noch verstärkende Teuerung bitterer empfunden werden wird als zuvor.

Das bedrängte Bulgarien.

Die Rumänen fahren in ihrer Besetzung bulgarischen Gebietes fort. Sie wollen ihrem Vorgehen durchaus den Charakter eines Krieges geben, indem sie den bulgarischen Gesandten, der von seiner Regierung in Bukarest gelassen worden war, zur Abreise zwangen.

Auch die Türken nehmen, ohne Widerstand zu finden, von dem thrakischen Gebiete Besitz, das ihnen der Londoner Friedensvertrag zugebilligt hat. Die jungtürkische Presse, der stets jedes Augenmaß für die politischen Machtverhältnisse gefehlt hat, verlangt sogar die Wiedereroberung Adrianopels.

Die Gegner machen sich auch weiterhin die schlimmsten Vorwürfe über Grausamkeiten, die an ihren Landsleuten begangen werden. Tatsächlich hat sich aber keiner von den Kriegführenden etwas vorzuwerfen. Der nationale Haß ist durch den Bruderkrieg erst recht zur Siedehitze entflammt und äußert sich in Bestialitäten, die auf dem Balkan von jeher an der Tagesordnung waren. Die Großmächte hätten alle Ursache, den Greueln mit einem Nachspruch ein Ende zu machen, aber sie sind ja unter sich selbst nicht einig. Dreibund und Tripleentente stehen sich eifersüchtig gegenüber und wollen dem Konkurrenten den Einfluß streitig machen.

Der rumänische Vormarsch.

Bukarest, 14. Juli. Blättermeldungen zufolge erreichte die rumänische Armee gestern Zarkhai und Dobritsch.

Sofia, 14. Juli. Rumänische Kavallerie hat außer Silistria und Dobritsch auch Valschi und die benachbarten Ortshäfen besetzt.

Abreise des bulgarischen Gesandten aus Bukarest.
 Bukarest, 14. Juli. Der bulgarische Gesandte Kalinkow und das Personal der Gesandtschaft haben heute Bukarest im Sonderzug verlassen und sich über Giurgewo nach Rußischut begeben. Die rumänische Regierung hatte dem Gesandten seine Pässe zugestellt. Der Kriegszustand zwischen Rumänien und Bulgarien ist damit endgültig eingetreten.

Der Vormarsch der türkischen Armee.

Konstantinopel, 14. Juli. Offiziellen Meldungen zufolge führt die türkische Armee auf ihrem Vormarsch von Bulair und Tschataldcha keinen Widerstand.

Bulgarien verläßt freiwillig das türkische Gebiet.

London, 13. Juli. Wie das Reuters Bureau erfährt, hat die bulgarische Regierung gestern ihren Militärbehörden den Befehl gegeben, mit den osmanischen Befehlshabern die Räumung der Gebiete, welche nach dem Friedensvertrag der Türkei zurückgegeben werden, zu regeln. Bulgarien hat den General Herantschew zu seinem Vertreter in der Grenzkommission bestimmt.

Serbiens Friedensbereitschaft.

Belgrad, 14. Juli. Die Meldung, daß Serbien Friedensunterhandlungen zurückgewiesen habe, ist, wie das serbische Pressebureau mitteilt, völlig unrichtig. Serbien habe erklärt, daß es bereit sei, von Bulgarien abgeforderte Bevollmächtigte zu erwarten, mit welchen die Verhandlungen wegen der Friedenspräliminarien gepflogen werden sollen. Nach Unterzeichnung dieser Präliminarien ist Serbien sofort bereit, die Feindseligkeiten einzustellen.

Verletzung des Völkerrechts durch die Bulgaren.

Saloniki, 14. Juli. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Bureaus.) Bei der Plünderung und Brandlegung durch die Bulgaren in der Stadt Serres wurde auch das Haus des österreichisch-ungarischen Konsuls geplündert und verbrannt, ohne daß die Fahne respektiert wurde. Das italienische Konsulat wurde geplündert. Als Ausnahme der Kaiserne, des Regierungsgebäudes und des Telegraphenamtes wurden die meisten öffentlichen Gebäude eingesperrt.

Die bulgarische Darstellung.

Sofia, 14. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Am 11. d. Mts. traf ein zur Erkundung nach Serres gesandtes bulgarisches Detachement auf ein taugend Mann starkes Korps Antartes, griechische Irreguläre, das sich nach einem Kampfe teils in die Stadt, teils auf einen benachbarten Berggraben zurückzog. Als die Bulgaren zu den Toren von Serres gelangten, feuerten in den Häusern verborgene Griechen auf sie. Es entwickelte sich ein erbittertes Feuergefecht. Als die Bulgaren eine Umgebungsbeziehung um die Stadt begonnen hatten, beschloßen die Antartes, außer Stande, den Kampf fortzusetzen, sich zurückzuziehen. Vor dem Rückzuge aber steckten sie die Lebensmittel- und Munitionsdepots, die von den Bulgaren dort zurückgelassen waren, in Brand. Die Anstrengungen der Bulgaren, des Feuers Herr zu werden, blieben erfolglos. Die ganze Stadt stand bald, infolge des heftigen Windes, in Flammen. Zuerst brannte das bulgarische Viertel, dann das griechische und türkische. Die Antartes benutzten den Umstand, daß die bulgarischen Soldaten mit der Eindämmung des Feuers beschäftigt waren, um sich auf die waffenlose bulgarische Bevölkerung zu werfen. Sie massakrierten über zweihundert Bulgaren, darunter besonders Frauen, Kinder, verwundete oder kranke Soldaten und Beamte.

Kriegsgreuel überall.

Sofia, 14. Juli. (Meldung der Agence Bulgare.) Entgegen den unwareren Meldungen aus griechischer und serbischer Quelle über Ausdehnungen, die die bulgarischen Truppen sich an der griechischen Bevölkerung hätten zuschulden kommen lassen, erklärt die Agence Bulgare, daß es vielmehr die serbischen und griechischen Truppen gewesen sind, die in den von ihnen besetzten Gebieten an den bulgarischen Bewohnern Ausdehnungen begangen haben, die überhaupt nicht näher zu beschreiben sind. Während sich die ganze Bevölkerung Thrakiens und der Megaischen Küste bis auf seltene Ausnahmen aller Freiheiten auf kirchlichem und religiösem Gebiet erfreut, was ihre religiösen Oberhäupter und die fremden Konsula bezeugen können, sind die bulgarischen Einwohner einer Schreckensherrschaft durch die Serben und Griechen ausgezehrt. Alle Bulgaren werden drangsalieren, gefangen genommen und fortgeschleppt, so daß sie bald ausgerottet sein werden. Das von den Griechen und Serben besetzte Gebiet ist in eine Einöde verwandelt worden. Die Griechen haben alle bulgarischen Dörfer, in die sie leihweise einzogen, und aus denen die Bevölkerung, wenn es ihr gelang, sich flüchtete, in Brand gesteckt. Ueber 200 bulgarische Familien aus Nikitsch sind bereits in bejammerwürdigem Zustande in Sofia angekommen, Tausende anderer, die aus den Bezirken Doiran, Strumitsa, Ispir und anderen entkommen sind, überfluten die Wege, die nach Bulgarien führen. Die Flüchtlinge erzählen entscheidende Dinge von der Aufführung der serbischen und griechischen Truppen. Um die Wahrheit an den Tag zu bringen, ist die bulgarische Regierung bereit, einer internationalen Untersuchung dieser Ausschreitungen zuzustimmen.

Eine Sitzung der Sobranje.

Sofia, 14. Juli. Die Sobranje wählte zum Präsidenten den früheren Ministerpräsidenten Geshow und

¹⁾ Professor Dr. G. Silbergleit, Ergebnisse der bisherigen Versuche kommunaler Fleischversorgung (Mitteilungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin Nr. III).

zum Vizepräsidenten den ehemaligen Handelsminister Chr. Theodorow. Dieser schlug der Versammlung vor, allen denen, die für Bulgariens Recht kämpften, einen Gruß zu senden, was mit lebhaftem Beifall angenommen wurde. Ferner beantragte er einen Kredit von 50 Millionen für militärische Zwecke, zu denen durch eine Anleihe und durch Staatsanleihe. Der Sozialist Sakazov äußerte den Wunsch, daß die Regierung der Versammlung Aufschlüsse über die Lage gebe. Der Finanzminister Theodorow erklärte, daß die Regierung alle Anstrengungen mache, das Land in die Bahnen des Friedens zu lenken. Aber sie befänden sich Ereignissen gegenüber, die die Regierung nicht hervorgerufen habe, und sie rechte auf die Unterstützung der Sobranje.

Aenderung der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Wiederholt ist in der Presse und im Reichstag darauf hingewiesen, daß die jetzige aus dem Jahre 1878 stammende Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen keine Rechnung trägt und daß eine Novelle dringend erforderlich ist. Der Bundesrat hat jetzt, wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, dem Entwurf eines Gesetzes betreffend Aenderung der Gebührenordnung zugestimmt. Der Entwurf soll alsbald dem Reichstage zugehen.

Sein Inhalt entspricht durchaus nicht der berechtigten Forderung auf Erhöhung der Gebühren der Zeugen. Nach dem Entwurf sollen die Gebühren der Sachverständigen — von 3 auf 4 $\frac{1}{2}$ von 5 auf 7 $\frac{1}{2}$ M. — erhöht werden. Rückfichtlich der Zeugen soll's im großen und ganzen beim alten bleiben. Nur soll bei selbständigen Gewerbetreibenden (wie Gastwirten, Kaufleuten) und bei gewissen Klassen von öffentlichen Beamten eine Aenderung eintreten. Bei selbständigen Gewerbetreibenden gehen heute — wie die Begründung des Entwurfs anerkennt — entgegen dem Gesetz — Gerichte vielfach davon aus, eine Zeugenentschädigung sei nur zu gewähren, wenn der sichere Nachweis eines Schadens im Einzelfall erbracht wird. Dem soll durch eine Gesetzesvorschrift entgegenge wirkt werden, die die Frage, ob eine Zeugenentschädigung statthat, dem freien Ermessen unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse und der regelmäßigen Gewerbstätigkeit des Zeugen unterstellt. Damit ist wenig geholfen. Es sollen die niedrigen Entschädigungssätze von 10 Pf. bis 1 M. pro Stunde bestehen bleiben, auch die Vorschrift, daß Arbeitslose stets nur 10 Pf. pro Stunde erhalten. Das ist im höchsten Grade unbillig. Neben Heraussetzung der Höchstgrenze muß vor allem die untere Grenze erheblich, etwa auf fünfzig Pfennig erhöht werden. Es liegt doch keinerlei Grund vor, weshalb der Zeuge neben den Unannehmlichkeiten, die jede Zeugenvernehmung mit sich bringt, mit 10 Pf. für die Stunde abgefunden werden darf. Die direkten Aufwendungen sind ja in der Regel erheblich höhere. Und was berechtigt den Staat, aus der Arbeitslosigkeit ein Geschäft zu machen? Wäre der Zeuge nicht gezwungen, als Zeuge zu erscheinen, so hätte er vielleicht Arbeit gefunden. Soll der Staat daraus noch Nutzen ziehen, daß er ihn hieran verhindert hat?

Ueberraschen muß es auch, daß der Entwurf an der Frage vorbeigegangen ist, ob — wie es vielfach entgegen dem Gesetz (§ 816 A. O. B. G.) geschieht — eine Arbeitsordnung ausprechen darf, für die Zeit einer Zeugenvernehmung werde Lohn nicht gezahlt, § 816 werde ganz oder teilweise ausgeschlossen. Als Gewerbeinspektoren diese Mißhandlung des Rechts tügten, wurden sie angesehnt und der Minister verbeugte sich vor dem Beschluß des Zentralverbandes der Industriellen, den § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Diktum der Fabrikherren mittels der Arbeitsordnung zu beseitigen.

Die unbillige Vorschrift, nach der öffentliche Beamte, wenn sie über Umstände vernommen werden, von denen sie in Ausübung des Amtes Kenntnis erhalten, eine weit höhere Entschädigung (in Gestalt von Tagegeltern und Reisekosten) erhalten als andere Staatsbürger, soll aufrecht erhalten und auf Geistliche, Lehrer und andere bisher von der Gebührenordnung nicht privilegiert behandelte Beamte ausgedehnt werden. Nach dieser Vorschrift erhält z. B. ein Gendarm zwar keine Zeugenentgelt, er erhält aber in Gestalt von Tagegeltern und von ihnen nicht vorausgelegter Reisekosten das Vielfache, oft das Sechsfache bis Zehnfache dessen, was andere Zeugen an Entschädigung erhalten. Dadurch wachsen die Gerichtskosten bei kleinen Polizeibagatellen ins Maßlose und wird der Glauben genährt, manche Beamte werden zur Erstattung von Anzeigen mit durch die Aussicht auf die ihnen als Zeugen werdende relativ hohe Entschädigung veranlaßt.

Der Entwurf bedarf einer gründlichen Umarbeitung durch den Reichstag.

Die katholische Strömung in der britischen Arbeiterbewegung.

London, 12. Juli. (Eig. Ber.) Am Ende der ersten Juliwache tagte in Plymouth der Kongreß der Katholiken Englands. Die Kongreßverhandlungen fanden in Sektionen statt. In diesem Jahre trat auf dem Kongreß zum ersten Male eine Sektion der katholischen Gewerkschafter auf. Diese Sektion, die von der Hierarchie genehmigt worden ist, sagte unter dem Vorsitz des Herrn James Werrall von der Föderation katholischer Arbeiter in Salford, die, wie erinnerlich sein wird, den Textilarbeitern im letzten Jahre viel zu schaffen machte. Der Vorsitzende führte etwa folgendes aus: In den letzten 7 Jahren haben unsere Mitglieder das Problem zu lösen gehabt, wie sie ihre Zugehörigkeit zur demokratischen Bewegung mit ihrer Treue zur Kirche vereinbaren können. Sie haben gezeigt, daß ein Katholik ein lokaler Gewerkschafter sein kann. Die Gefahr der religionslosen Schule ist durch den Beschluß des Gewerkschaftskongresses, die Frage von der Tagesordnung zu streichen, beseitigt worden, aber sie wird wieder auftauchen, sollten wir mit unserer Opposition aufhören. Man hat uns angeklagt, Feinde der Arbeiterbewegung zu sein. Ich weise dies energisch zurück. Aber wir wollen unsere politische Freiheit nicht auf Kosten unserer Religion erkaufen.

Die Versammlung verwarf einstimmig in einer Resolution die religionslose Schule. Der Begründer des Antrags bemerkte, daß die katholischen Gewerkschafter des Landes erbitterte Feinde der religionslosen Schule seien, sowohl in der Form, wie sie die Protestanten, als auch in der, wie sie die Sozialisten propagierten. Weiter verurteilte die Versammlung auch den Wehrheitsbericht der Ehecheidungskommission, der von dem letzten Parteitag der Arbeiterpartei begrüßt worden ist. Die Kommission, von der die Rede ist, wurde von der Regierung im Jahre 1909 eingesetzt, um Vorschläge zur Abänderung der veralteten Ehecheidungs-gesetze zu machen. Am Ende des letzten Jahres erstattete sie Bericht. Von den zahlreichen fortschrittlichen Gedanken, die in dem Wehrheitsbericht vorkommen, seien folgende erwähnt. In Ehecheidungsprozessen in England ist die Frau die minderberechtigte Partei. Ein Mann kann Ehecheidung einfach auf Grund ehelicher

Untreue der Frau beantragen. Eine Frau aber muß nicht allein dem Ehemann eheliche Untreue, sondern auch Mißhandlungen nachweisen können. Der Wehrheitsbericht schlägt nun vor, gleiches Recht für Mann und Weib gelten zu lassen und die Ehecheidung zu erleichtern. Namentlich der Arbeiterpartei bietet der Bericht bedeutende Vorteile. Heute ist die Ehecheidung in England mit so gewaltigen Kosten verbunden, daß ein armer Mann oder eine arme Frau gar nicht daran denken kann, sich scheiden zu lassen. Der Wehrheitsbericht schlägt nun vor, den armen Prozessierenden das Ehecheidungsverfahren in forma pauperis u. ermöglichen. Diese und andere Vorschläge des Berichts bestimmten den Parteitag der Arbeiterpartei, sich für ihn auszusprechen. Das Vorgehen des Parteitags hat die katholischen Gewerkschafter, die, nebenbei bemerkt, fast alle aus Salford bei Manchester kamen, bewogen, die Arbeiterpartei scharf zu kritisieren. Der Hauptredner sagte, er müsse dagegen protestieren, daß die Stimmen der Katholiken dazu benutzt würden, Bewegungen zu fördern, die seiner Religion feindlich seien. Wenn das nicht aufhöre, würde sich die Arbeiterpartei eine Menge regimenter Anhänger in aktive Gegner verwandeln.

Der Kardinal Bourne hielt der Konferenz einen Vortrag über die Frage, ob sich Katholiken mit Nichtkatholiken in allgemeinen Bewegungen, die die Wohlfahrt des Landes angingen, vereinigen könnten. Der Redner sagte, er habe nie geögert, in England wie im Auslande und selbst in Rom zu erklären, daß in England wenigstens der einzige Weg, um Einfluß in einer großen Bewegung zu erlangen, der sei, sich der Bewegung anzuschließen.

Wir registrieren diese Vorgänge nicht, weil sie etwa die Zahl der vertretenen Arbeiter zu einem wichtigen Ereignis stempeln. Die Zahl dieser katholischen Draufgänger ist sehr gering. Zweifellos üben sie aber schon in der Arbeiterbewegung einen bedeutenden Einfluß aus. Sie sind die erwählten Instrumente der katholischen Priester, die dafür verantwortlich sind, daß die Frage der religionslosen Erziehung von dem Programm der Arbeiterbewegung verschwunden ist. Bestimmt es ihnen auch fernerhin, durch die Drohung mit der Spaltung der Mehrheit ihren Willen aufzunötigen, so wird sich die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterpartei bald überhaupt nicht mehr mit kulturellen Fragen befassen können.

Politische Ueberblick.

Die neueste Prinzenrede.

Auf dem Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes, der gegenwärtig in Breslau zur Beratung versammelt ist, erschien auch der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen (sein Urgroßvater war auch der Urgroßvater des regierenden Hohenzollern) und hielt dort ganz selbstverständlich eine Rede. In dieser Rede bezeichnete er den Deutschen Kriegerbund als ein starkes Bollwerk gegen die Mächte des Umsturzes, die aufs schärfste bekämpft werden müßten. Der prinzipielle Redner wünschte, daß die diesjährigen Beratungen dazu beitragen mögen, daß die Kriegervereine weiter in diesem Sinne wirken.

Wie weit es mit der Wirksamkeit der Kriegervereine her ist, das erhellt aus einer Zuschrift über die Bahnniederlage in Jauch-Belzig, die der freikonserватiven „Post“ zugegangen ist. Der Verfasser dieser Zuschrift meint unter anderem:

„Wenn beispielsweise in einem abgeschlossenen ländlichen Orte unter 51 abgegebenen Stimmen 18 rote sind, noch dazu in einer Gemeinde mit einem Kriegervereine, der doch Vorbeugungsmittel gegen die rote Seuche zu sein pflegt, so gibt das zu denken.“

Auch der Prinz, der erst 33 Jahre zählt, wird in späteren Jahren einsehen lernen, daß die Hoffnungen, die er auf die Kriegervereine setzte, nicht in Erfüllung gegangen sind. An Eifer in der Bekämpfung der Sozialdemokratie lassen es die Kriegervereine ganz gewiß nicht fehlen; aber im umgekehrten Verhältnis zu diesem Eifer steht der Erfolg, den sie erzielen.

Kamarilla.

Die „Deutsche Montagszeitung“ veröffentlicht Bruchstücke aus dem Tagebuch eines pensionierten Regierungsbeamten. Mit der Veröffentlichung wird der Zweck verfolgt, den verstorbenen Aiderlen-Waechter, dessen Nachlaß von dem „Grenzboten“-Herausgeber Kleinow gegenwärtig in einer Reihe von Blättern veröffentlicht wird, als einen der Führer der alten Eulenburg-Kamarilla zu kennzeichnen. Es ist in den Tagebuchbrüchtlücken absolut nichts Neues enthalten; aber es schadet auch nicht, wenn die breitere Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit einmal einen Blick hinter die Kulissen tun kann und deshalb geben wir aus den Veröffentlichungen der „Deutschen Montagszeitung, folgendes wieder:

19. Dezember 1892.

... Der Freiherr * * * hat mir da vor ein paar Tagen bei Vorkardt eine sonderbare Geschichte erzählt. Caprivi hat ihm gewissermaßen sein Leid gesagt. Es sei ja alles ganz schön, aber zuweilen fäme er sich in seiner Position als Reichskanzler doch sehr demütigend vor. Oft fühle er sich wie der Schuljunge des Geheimrats Aiderlen, an dem der Kaiser einen förmlichen Witz geübt zu haben scheint. Aiderlen sei das willkürliche Werkzeug Holsteins und suggeriere dem Kaiser die Ausführung aller holsteinischen Wünsche. Wenn er, Caprivi, dem Kaiser eine Sache vortrage, so antworte der ihm in der Regel wörtlich dieselben Sachen, die Caprivi vorher schon gelegentlich von Aiderlen gehört habe. Wenn Aiderlen sich in einer Unterhaltung mit dem Reichskanzler bei Gelegenheit und auf Befragen allerseits abfällig über eine Sache geäußert habe, habe er, Caprivi, schon vorher gemußt, daß der Kaiser auch ablehnend gesonnen sei. Und dann habe er oft die Sache dem Kaiser gar nicht erst vorgebracht. Stets sei der Kaiser, wenn der Reichskanzler eine Sache vorbringe, entweder brieflich aus München durch Eulenburg oder mündlich durch Aiderlen präpariert. ...

5. Juli 1893.

... Kein Tag vergeht, ohne daß Aiderlen irgendeinen Zeitungsausschnitt zum Kaiser bringt, den angeblich die Bismarckclique gegen den Kaiser lanciert hat. Köhler (1893 vor Aiderlen Preßdezernent im auswärtigen Amt. Die Red.) hat sich ein paarmal verplappert. Meistens haben Holstein und Aiderlen die Angriffe selbst lanciert. ...

27. November 1893.

... Es wird allerhand laut von einem Anschlag oben mit Aiderlen-Waechter. Allem Anschein nach ist er „unten durch“. Er soll sich im August auf der Englandreise mit S. M. sehr ungeschickt benommen haben. Ganz bestimmt ist, daß er einmal dem Kaiser nach dem Genuß von zwanzig Importen und einigen Bouteillen auf dem Schiff laute Vorkatzen darüber gemacht hat, daß der Kaiser sich mit dem Prinzen von Wales über die Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges unterhalten habe. Es sind aber noch andere Sachen vorgekommen. Einmal hat Aiderlen sich in Gegenwart der Kaiserin die Erzählung eines Scherzes erlaubt, der Herrn v. Wirbich zur Majerei gebracht hat. Das ist ja ziemlich harmlos. Jedenfalls hat mir Holstein selbst angedeutet, daß wegen dieser Sache eine Verurteilung gegen Aiderlen herrsche. Er fügte hinzu: „Dann hat Aiderlen noch verschiedene Dummeheiten gemacht. Er raucht nämlich zu viel, und das umnebelt ihn manchmal förmlich.“ ...

Ein Jahr darauf fiel Aiderlen tatsächlich in Ungnade. Im Jahre 1894 fand der Ledert-Lühov-Prozess statt. Er war

die Folge einer Flucht in die Doffentlichkeit, die der Staatssekretär des Äußeren Freiherr v. Marschall, um sich gegen das Treiben der Kamarilla aller Welt sichtbar, aber die Welt vergißt sehr schnell und es kann nicht schaden, wenn gelegentlich dieser Tagebuchbrüchtlücke eines noch lebenden Regierungsbeamten wieder an jene Zeit erinnert wird.

Zur Abänderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Ein ehemaliger Offizier schreibt uns:

Die Befürchtung, daß der Antrag des Reichstages auf die Einführung mildernder Umstände in die von der Reiterei und vom Aufrührer handelnden Paragraphen des Militärstrafgesetzbuchs nicht viel helfen werde, ist schon öfters ausgesprochen worden. Dabei aber wurde ein großes Hindernis für die Besserung des jetzigen Zustandes nicht erwähnt. Es ist dies der Absatz 2 des § 49, der lautet:

„Bei strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen bildet die selbstverschuldete Trunkenheit des Täters keinen Strafmilderungsgrund.“

Bei den meisten Aufrührern ist Trunkenheit die Ursache. Wären die Täter nüchtern gewesen, so hätten sie ihre strafbaren Handlungen gar nicht begangen. Aber der mildernde Umstand, der in der Trunkenheit liegt, darf ihnen nach der oben zitierten Bestimmung nicht zugute kommen. Somit wird in den meisten Fällen den „Aufrührern“ der gut gemeinte Antrag des Reichstages auch dann nichts nützen, wenn er Gesetz wird. Auch den vom Erfurter Schreckensurteil Betroffenen wird er wahrscheinlich nicht helfen.

Es ist höchste Zeit, daß der Reichstag den Absatz 2 des § 49 des Militärstrafgesetzbuchs gründlich auf das Korn nimmt, denn er stellt eine offene Vernunftwidrigkeit dar. Ein betrunkenen Mensch ist nicht vollkommen zurechnungsfähig, und zwar um so weniger, je größer der Rausch. Da kommt nun das Militärstrafgesetzbuch und erklärt, unbelümmert um die einfachsten Gesetze der Vernunft: Einen durch zu großen Alkoholgenuß vorübergehend nicht ganz zurechnungsfähigen Menschen nehmen wir einfach als geistig normal, wenn er im Dienst betrunken ist oder eine Subordinationsverletzung begeht. Begeht er aber außerhalb des Dienstes einen Verstoß und vergeht er sich dabei auch gegen die militärische Unterordnung nicht, so ziehen wir genau in Betracht, daß er betrunken, also nicht ganz zurechnungsfähig war. Gibt ein schwer betrunkenen Soldat zuerst einem Zivilisten eine Ohrfeige und dann einem Unteroffizier, so wird ihm in erstem Falle der Rausch als mildernder Umstand angerechnet, im zweiten aber nicht, d. h. er wird einmal juristisch als nicht ganz zurechnungsfähig und das andere Mal als zurechnungsfähig betrachtet, obwohl der geistige Zustand des Täters bei beiden Handlungen der gleiche war. Das Derartige im 20. Jahrhundert noch möglich ist, sollte man nicht glauben.

„Begründet“ wird der genannte Absatz 2 damit, daß er das Antrinken von mildernden Umständen bei absichtlichen tätlichen Angriffen auf Vorgesetzte verhindern soll. Das Militärstrafgesetzbuch ist aber derart eingerichtet, daß solche Angriffe auch unter Annahme mildernder Umstände sehr hart bestraft werden könnten. Ein militärischer Vorgesetzter muß seine Untergebenen schon erbärmlich behandeln, wenn sie auf die Idee kommen, ihn zu attackieren.

Nach dem Wiederausammentritt des Reichstages werden die Reform der Reiterei und Aufrührerparagraphen sowie die Bestimmung, welche die Personen des Beurlaubtenstandes am Kontrollversammlungsstage auf 24 Stunden zur aktiven Armee rechnet und unter das Militärstrafgesetzbuch stellt, gewiß wieder zur Sprache kommen. Dann möge man ja den Absatz 2 des § 49 nicht vergessen, weil seine Weiterexistenz die Einführung mildernder Umstände in sehr vielen Fällen wertlos machen würde.

Die Finanzen Deutschlands.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine Darstellung der Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten. Die Ausgaben, die Einnahmen, die wichtigeren Bestandteile der Staatsvermögen sowie die Schulden werden behandelt. Die Nachweise beziehen sich durchweg für die Vorausschlüsse auf das Rechnungsjahr 1912, für die Staatsrechnungen auf das Jahr 1910.

Insgesamt betragen die Staatsausgaben nach den Vorausschlüssen der Bundesstaaten 6460 Millionen Mark (darunter außerordentliche 267) für das Reich 3286 (darunter außerordentliche 134), zusammen in Reich und Bundesstaaten 9746 (darunter außerordentliche 401).

Die Staatseinnahmen belaufen sich in den Bundesstaaten auf 6463 Millionen Mark, im Reich auf 3286, zusammen in Reich und Bundesstaaten 9749 (darunter außerordentliche aus Grundstock, Anleihen und sonstigen Staatsfonds 243 bezw. 134).

Unter den Ausgaben und Einnahmen der Bundesstaaten stehen diejenigen aus Staatsbetrieben mit 3296 bezw. 4247 Millionen Mark an erster Stelle. Der Hauptanteil entfällt auf die Staatsbahnen mit 2385 bezw. 3142. Der Rest verteilt sich auf Domänen, Forsten, Bergwerke, Staatsdampfschiffahrt, Post, Telegraph und die sonstigen Staatsbetriebe.

Die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben des Reichs an Erwerbisanstalten (817 bezw. 979) entfallen hauptsächlich auf Post und Telegraphie (696 bezw. 808) und auf die Eisenbahnen (115 bezw. 142).

Die nächstwichtigste Einnahmequelle bilden Steuern und Zölle. Die Bundesstaaten erheben an direkten Steuern 812, Aufwandssteuern 118, Verbrauchssteuern 114 und Erbschaftssteuern 22, zusammen 1066 Millionen Mark.

Das Reich bezieht aus Zöllen 849, aus Aufwandssteuern 672, aus Verbrauchssteuern 276 und aus der Erbschaftsteuer 43, zusammen 1840 Millionen Mark.

Zahlenmäßige Nachweise über das Staatsvermögen der einzelnen Bundesstaaten konnten nur in bezug auf wichtigere Bestandteile erbracht werden. Neben Ueberresten früherer Rechnungsjahre, verfügbaren Staatskapitalvermögen usw. besitzen die Bundesstaaten an Domänen ein Areal von 766 600 Hektar, an Forsten 5 082 179 Hektar. Die Staatsbahnen repräsentieren eine Länge von 55 618 Kilometern (im Reich 1897) und ein Anlagekapital von 16 650 (im Reich 834) Millionen Mark.

Die fundierten Staatsschulden beziffern sich zu Beginn des Rechnungsjahres 1912 für die Bundesstaaten auf 15 005 (darunter Preußen 8730, Bayern 2286), für das Reich auf 4582 Millionen Mark. Die schwebenden Schulden betragen insgesamt 912 Millionen Mark; sie entfallen in der Hauptsache auf das Reich (220) und Preußen (640).

Der Untergang des Torpedobootes S. 178

war am Sonnabend Gegenstand einer Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht der Hochseeflotte in Wilhelmshaven. Wegen Fahrlässigkeit im Dienst angeklagt war der Kapitänleutnant Lwow, der dieserhalb bereits am 26. April vom Kriegsgericht der Aufklärung

Todes-Anzeigen

Am Sonnabendabend um 10 Uhr verstarb plötzlich unser allverehrter Chef, der Vorsitzende des Aufsichtsrats und Gründer der Firma

Herr Hermann Meyer

im 65. Lebensjahre. 118/3
Der Verstorbene hat sich durch sein freundliches Wesen und seine Fürsorge für das Wohl seiner Untergebenen ein bleibendes Andenken bei uns erworben.

Die Arbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher der Hermann Meyer & Co. Aktiengesellschaft.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juli, 12 Uhr, von der neuen Halle des jüdischen Friedhofs zu Weißensee statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klemperer **Paul Rietsch** (Geb. d. 30. Okt. 1878, am 12. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erbetet
Die Ortsverwaltung
122/1

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Nachruf.
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege **Anton Klar** welcher im Betriebe Gasanstalt Danziger Straße beschäftigt war, verstorben ist.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
34/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuller
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung!
Portefeulles- und Reifartikelbranche.
Donnerstag, den 17. Juli, abends 5 1/2 Uhr, im Lokal von Karl Schulze, Dresdener Str. 116 (an der Oranienbrücke):
Vertrauensmänner-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Ist in allen Betrieben die laut Vertrag fällige Lohnerhöhung gezahlt?
2. Verschiedenes.
Jede Werkstätte muß unbedingt vertreten sein.
Die Branchenleitung.
157/8

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Mittwoch, 16. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 4:
Kombinierte Versammlung
der
Einseher, Jaloufiarbeiter und Treppengeländerbranche.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Link. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
85/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Am Mittwoch, den 16. Juli, abends 8 Uhr:
Versammlungen
in folgenden Lokalen:

- Bez. Wedding bei Hoffmann, Basewalder Straße 3
 - Gesundbrunnen " Tausch, Prinzenallee 17
 - " Norden I " Schmidt, Rappellallee 64
 - " Ost " P. Hoffmann, Königsberger Straße 28
 - " Südosten " Fröhlich, Ruskauer Straße 1
 - " Westen " Wiemer, Bülowstraße 58
 - " Nordosten " Krause, Böhmische Straße 8
 - " Moabit " Bachstein, Salzweberstraße 16
 - " Lichtenberg " Fiedenhagen, Scharnweberstraße 60
 - " Neukölln " Hoppe, Hermannstraße 48
 - Charlottenburg im Volkshaus, Rosinenstraße 3
 - " Steglitz bei Diebst, Kommsenstraße
 - " Pantow " Jitterig, Florastraße 90
 - " Gr. Lichterfelde " Bahrendorf, Bültestraße 22
 - " Weißensee " Penkert, Berliner Allee 251
- Am Donnerstag, den 17. Juli:
Bez. Friedrichshagen bei Schröder, Seestraße 103
" Schöneberg " Obst, Martin Lutherstraße
" Norden II " G. Hoffmann, Weinmünder Str. 47.
Kollegen! Da in diesen Versammlungen wichtige Angelegenheiten zur Erörterung kommen, wird vollzähliges Erscheinen erwartet.
143/6 Die Obleute.

Spezialarzt
1. Haut-, Gyn., Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintränke jeder Art, Ehrlich Gata - Kur in u. Co. fong. Laborat. Blutuntersuchung, Nadeln i. Harnstoff, gegenüber Panoptikum, Friedrichstr. 81, Sonnt. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

Blumen- und Kranzbinderrei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Gollets
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.
Ich nehme die Beerdigung des Wertmeisters Heinrich Feldheim, Steglitz, Schloßstr. 90, zurück und leite ihm Abbitte. Schmidt Leo Urbanöti, Neukölln, Köpenicker Weg 73.

Theater.
Dienstag, den 14. Juli 1913.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Oper. Das Bummelmädchen. Anfang 8 Uhr.
Kroll-Oper. Mignon. Urania. Ueber den Brenner nach Venedig.
Schiller O. Don Juan. Berliner. Filmzauber. Thalia. Puppchen.
Metropol. Die Kino-Königin. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.
Komödienhaus. Hoherthorstraße. Wohnungen.
Friedr. Willh. Schauspielhaus. Das Bummelmädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Koladn. Kofe. Tageduch einer Verlorenen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Schiffschönen.
Deutsches Schauspielhaus. Eine Bergangenheit.
Theater am Rollendorfsplatz. Der Mann mit der grünen Maske. Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisbalet: Hüt in Et. Doris.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 192.
Zum 25. Male:
Tagebuch einer Verlorenen.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
Anfang 4 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Clonowoff.
Ruft von Jean Gilbert.
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schütz.

Voigt-Theater
Badstraße 38.
Dienstag, den 15. Juli:
Gewonnene Herzen.
Volkshaus mit Gesang und Tanz in 3 Akten von D. Müller.
Vollständig neue Spezialitäten.
Rosenoffn. 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Berliner Prater-Theater
7-9 Kottbuser-Platz 7-9.
Täglich:
Das Bummelmädchen
Gr. Lustspiel in 4 Akten v. R. Dopsch.
Ruft von H. H. Scherer.
Griffias. Spezialitäten. Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Passage-Panoptikum
Der persische Augenfakir
in seinen fanat. Derwisch-Manteln (sieht u. a. mit den Augen schwere Gewichte).
3 Schwestern Liliput, die kleinst. Schwest. der Welt.
Alles lebend! Ohne Extra-Entree!

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 108-114
Täglich:
Großes Konzert u. Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Heute Dienstag: Sommerfest d. Vereins Berliner Lokomotiv.
Voranzeige: Morg. Mittwoch Gr. Kinder-Erntefest mit Verlosung.
Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Schiller-Theater O.
Wollner-Theater.
(Sachse-Oper.)
Heute abends 8 Uhr:
Don Juan.

Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Deutsches Schauspielhaus 8 1/2 Uhr: Eine Bergangenheit.

Kroll-Oper
8 Uhr:
Mignon.
(Gastspiel: Ethel Hansa.)
Wittmo: 16. Juli:
Tannhäuser.

Theater am Rollendorfsplatz
Täglich 8 1/2 Uhr:
Kino im Varieté
Mann mit der grünen Maske.
Reichshallen-Theater
Heute: Letzte Soiree der Stettiner Sänger vor ihrer Ferienreise.
D. grobe Gottlieb.
Anf. 8 Uhr. Morgen, 16. Juli: 1. Gastspiel der Dresdener Victoria-Sänger

Berliner Bock- u. Brauerei.
Heute Dienstag, 15. Juli, abds. 8 1/2 Uhr:
Volks-Sinfonie-Konzert
des **Blüthner-Orchesters**
Dirigent: **Guido v. Fuchs.**
Sol.: Konzertmstr. Lambino (Viol.)
Karten à 30 Pf. in den bekannten Vorverkaufsstellen und abends an der Kasse.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Cef.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross.** Lindenstr. 69, Tel. Mpl. 7203.

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor. Cef.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree.

Von der Reise zurück:
Dr. L. Herz, Frauenarzt
Martin-Luther-Strasse 9.

Reiseführer,
Wanderkarten und
Bücher,
Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser herzlich geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schriftgießer **Hermann Voigt** am Sonntag, den 13. Juli, nach langem, schwerem Leiden im 51. Lebensjahre verstorben ist. 15406
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Elise Voigt, geb. Brandt.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Rappellallee 15-17, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Franz Kuligowski** Friedrichstr. 216, im Alter von 51 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Kleinen-Kirchhofes in Reinickendorf, Berliner Straße 26, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Köpenicker Viertel. (Bezirk 189 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenhändler **Rudolf Klug** Schleißische Straße 19 gestorben ist. 215/8
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Juli, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zofoblikerhofes in Neuföhren, Hermannstraße, aus statt.

Verein der in Schriftgießereien beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Berlins und Umgegend.
Am 13. Juli verschied nach langem Leiden unser Kollege **August Ritter.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. d. Mts., abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.
15395 Der Vorstand.

Köpenicker Viertel. (Bezirk 191 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schriftgießer **Hermann Voigt** Sorauer Straße 21 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Rappellallee 15/17, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser lieber Onkel, Bruder und Schwager **Emil Rosonowski** am Sonnabend nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Beileid bitten
Emil Rosonowski nebst Frau und Kindern.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle Ober-Schöneweide aus statt.

Lese- und Diskutierklub
Südost.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitbegründer, der Schriftgießer **Hermann Voigt** im Lichterfelder Krankenhaus verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags 5 1/2 Uhr von der Halle der Freireligiösen Gemeinde, Rappellallee 15-17, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
15415 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter **Emma Martha Hoppe** sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Kollegen und Bewohnern der Firma E. P. Goery unsern herzlichsten Dank.
Wilhelm Hoppe u. Sohn.
Lübeckstraße 59.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzfäller **Julius Alandt** am 12. Juli im Alter von 57 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 15. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Weißensee (Hildestraße), aus statt.
66/12 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Porzellanarbeiter.
Zahlstelle Berlin.
Am 9. Juli verstarb durch Ueberfahren bei der Beerdigung unseres unerschütterlichen Genossen Hiesch eines unserer ältesten Mitglieder, der Kollege **August Key** Porzellanwaler im Alter von 46 Jahren.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des nächsten Gemeindefriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreichste Beteiligung ersucht
15355 Die Verwaltung.

PUCK
die neue
Qualitäts 3 Cigarette
m/Goldmst. m/Hohlmst. flach

GEORG A. JASMATZI A. G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftskartelle.

Mit dem Wachsen und Erstarren der gewerkschaftlichen Bewegung bekamen manche ihrer Einrichtungen andere Bedeutung. Sie wurden teils überflüssig, teils fielen ihnen andere Aufgaben zu, oder sie mußten ihre Tätigkeitsgebiete verlegen. Das gilt besonders auch in mancher Beziehung von den Gewerkschaftskartellen. Es sind die örtlichen Vereinigungen der Filialen, Jahrestellen usw. der Zentralverbände. Ihr Aufgabenkreis ist ein sehr vielgestaltiger und umfassender. So lange die Verbände klein und schwach waren, lag das Schwergewicht der Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle auf dem Gebiet der Agitation und Organisation. Weiter dienten sie in hervorragendem Maße der Geldbeschaffung. Die Kartelle waren die Sammelstellen für die Streikunterstützungen. Streikkomitees sandten an die Kartelle Listen für Streiksammlungen, mit der Bitte um Beschaffung von Mitteln. Das waren noch verhältnismäßig rüstständige Zustände; Streiks wurden oft lediglich nach dem zufälligen Eingang der Streiksammlungen beendet oder hingezogen. Längst sind die Verbände den Rinderstichen entwachsen. Nun besorgen sie meistens die örtliche Agitation durch die eigene Organisation. Streiks werden heute zum Teil nach anderen Grundsätzen geführt als früher. Das Sammeln auf Listen für nach örtlichen Gesichtspunkten eingeleiteten Streiks hat vollständig aufgehört. Die Kämpfe werden jetzt nach ganz anderen Gesichtspunkten eingeleitet und durchgeführt. Maßgebenden Einfluß hat nur der Vorstand des jeweiligen Zentralverbandes und hinter einem Streikbeschuß steht die Zentralkasse mit ihren Mitteln.

In dieser Beziehung ist die Tätigkeit der Kartelle sehr zurückgegangen. Agitatorisch und organisatorisch sind sie nun vorwiegend für die erst in den gewerkschaftlichen Anfängen stehenden Berufe tätig. Doch ist ihre Wirksamkeit, im Vergleich mit früher nicht weniger wichtig, sie wurde nicht bedeutungslos. Alle Fragen gemeinsamer Natur für die Gewerkschaften an einem Ort werden davon erfaßt. Es gehören dazu propagandistische Veranstaltungen, die Vorbereitung und Durchführung von sozialen Wahlen, das Bildungswesen, soziale Statistiken, das Herbergswesen, teilweise die Einweisung und Unterhaltung von Rechtsauskunftstellen, Reiseveranstaltungen usw. Neu hinzugekommen ist nun die Einweisung der Volksfürsorge.

Mit der Veränderung ihrer Aufgaben und Betätigungsmöglichkeiten verschob sich das Schwergewicht der Kartelle mehr und mehr aus den großen in die mittleren und kleinen Städte und vielfach auch auf das Land hinaus. Meistens bestehen die Kartelle aus Vertretern der einzelnen Berufsorganisationen. Ihre Wahl erfolgt gewöhnlich für längere Zeit. Die Kartelle haben verschiedene Einnahmequellen. Diese bestehen aus festen Beiträgen der angeschlossenen Verbände, ferner aus Einnahmen bei Versammlungen, aus Veranstaltungen von Festen, Reiseveranstaltungen, gelegentlichen Sammlungen usw.

Im Jahre 1912 bestanden in Deutschland 744 Kartelle. 717 davon lieferten für die von der Generalkommission veranstalteten Statistik Angaben. Im Berichtsjahre wurden 37 Kartelle neu errichtet. Der Hauptzuwachs an Kartellen ist den kleineren Orten, mit 2-20 Gewerkschaften und bis 2000 Mitgliedern, zugute gekommen. Der Gruppe der größten Kartelle mit über 25000 Mitgliedern gehörten im Berichtsjahr neun an. Im ganzen sind etwa neun Fünftel der Gewerkschaftsmitglieder den Kartellen angeschlossen.

Die äußere Tätigkeit der Kartelle im Jahre 1912 kommt teilweise in der Veranstaltung von 3288 Versammlungen zum

Ausdruck. Für die Agitation unter den Arbeiterinnen sind an manchen Orten besondere Kommissionen eingesetzt worden; deren Zahl stieg von 62 auf 101. Der Lokal- und Herbergsfrage widmeten sich die Kartelle mit erhöhtem Eifer. Sie unterhielten im Berichtsjahre 29 Versammlungssäle und 77 Gewerkschaftshäuser. Unter der Kontrolle der Kartelle standen 349 Herbergen bei Gastwirten. 36 Kartelle unterhalten Herbergen in eigener Regie. Die Bildungs- und Erziehungsarbeit der Kartelle findet einen Ausdruck in der Unterhaltung von Bibliotheken und Lesezimmern, Einrichtung von Unterrichtskursen sowie in der Einweisung von Bildungsausschüssen und Jugendkommissionen. Auf diesem Gebiet leisten die Kartelle jetzt naturgemäß erheblich mehr als früher. Folgende Zusammenstellung veranschaulicht den Fortschritt. Es hatten von den Gewerkschaftskartellen im Jahre:

Table with 3 columns: Year (1905, 1910, 1912) and categories: Gemeinliche Bibliotheken, Lesezimmer, Bildungsausschüsse, Jugendkommissionen.

Die Zahl der Bibliotheken und Lesezimmer hat sich mehr als verdoppelt. Daneben wurde gewissermaßen als Neuland die Bildungsorganisation und die Jugendpflege in Angriff genommen. 400 Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen geben Zeugnis von erfolgreicher Tätigkeit. Ein weitverzweigtes Netz von Institutionen der Volksbildung, zum Teil mit besoldeten Sekretären ist heute vorhanden. Die Statistik gibt über die Zahl der von diesen Einrichtungen ausgehenden Veranstaltungen und Kursen keine Auskunft.

Weiter befanden 106 Arbeitersekretariate und 212 Auskunftsstellen für Rechtsfragen usw. einen erfreulichen Eifer der Kartelle. Es sei hier als Beweis für ihre umfangreiche Tätigkeit und soziale Bedeutung noch darauf hingewiesen, daß im Berichtsjahre außer den schon genannten noch 133 Sonderkommissionen bestanden, die die Aufgabe hatten, Beschwerden an die Gewerbeinspektion zu vermitteln; der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges widmeten sich zwei Kommissionen, sowie endlich der Forderung des Bauarbeiterschutzes 257 Kommissionen.

Ueber die Beteiligung der Gewerkschaftskartelle an Arbeitervertreterwahlen besagt die Statistik, daß 288 Kartelle (1910 = 264, 1905 = 175) im Berichtsjahre für diese Zwecke Aufwendungen finanzieller Art zu machen hatten. Es liegt auf der Hand, daß sich die Wirksamkeit der Kartelle für diese Arbeit nicht in der Ausgabe von Geldmitteln erschöpft, es ist ein erhebliches Maß von Agitationsarbeit damit verbunden.

Um die gesteigerten Aufgaben erfüllen zu können, gehen die Kartelle immer mehr daran, eigene Bureaus mit besoldeten Kräften zu errichten. Im Berichtsjahre waren 20 solcher Bureaus (1910 = 18, 1905 = 6) vorhanden. In den meisten Städten besorgen die Arbeitersekretariate zugleich die Verwaltungsarbeiten der Kartelle.

Vergleicht man zum Schluß die Gesamtentwicklung der deutschen Gewerkschaftskartelle seit dem Jahre 1901, so ergibt sich, daß die Zahl der berichtenden Kartelle von 319 auf 717 oder um 125 Proz., die Zahl ihrer Gewerkschaften von 3995 auf 9418 oder um 135,6 Proz., und die Zahl ihrer Mitglieder von 481 718 auf 2 339 571 oder um 385,5 Proz. gestiegen ist. Ihre Einnahmen sind gewachsen von 294 189 M. auf 1 883 782 M. oder um 524,6 Proz., ihre Ausgaben (ohne Streikunterstützung) von 208 349 M. auf 1 635 718 M. oder um 685,2 Proz. Diese Zahlen beleuchten zur Genüge, die Bedeutung der Gewerkschaftskartelle. Sie werden auch in Zukunft einen hervorragenden Platz in den Schöpfungen der modernen Arbeiterbewegung einnehmen.

Berlin und Umgegend.

Die Zigarettenfabrik Herkholz, Schönhauser Allee 8, ist wegen Nichtanerkennung des Patentes für Zigaretten- und Zigarettenhälsen-Maschinenfabrik geplatzt. Die Zigarettenfabrik Herkholz, Schönhauser Allee 8, ist wegen Nichtanerkennung des Patentes für Zigaretten- und Zigarettenhälsen-Maschinenfabrik geplatzt. Die Zigarettenfabrik Herkholz, Schönhauser Allee 8, ist wegen Nichtanerkennung des Patentes für Zigaretten- und Zigarettenhälsen-Maschinenfabrik geplatzt.

Streikbrecher gefällig?

Otto Genske, der vom „Baumeister“ zum Streikbrecherbermittler abanciert ist, bietet seine Streikbrecherkolonnen weiter aus wie zuvor. Zu gleicher Zeit werden uns aus mehreren Orten, in denen die Arbeiter des Baugewerbes im Streit stehen, hektographierte Schreiben folgenden Wortlauts eingesandt:

„Berlin N. 65, Seefr. 37, d. 10. 6. 1913.

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in Sofort können sie jede Zahl nichtorganisirter Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Fuher, Zementierer und Maler erhalten, wenn sie beizugelegten Akkordbrief anerkennen, und für das Jahresabonnement 150 M. zahlen, mich zum Abschließen eines Akkordvertrags nach dort kommen lassen, und den Betrag für diese Reise, 75 M. telegraphisch einsenden, dann bin ich in 24 Stunden später in Seit dem Jahre 1907 habe ich an 81 Arbeitgeber im Streikgebiete Maurer, Zimmerer, Fuher und Bauarbeiter verhandelt, und bestimme darüber gute Resultate. Auskunft giebt Ihnen der Arbeitgeberverband f. d. Baugewerbe in Bad Harzburg Tel. No. 72 Wennstr. 2. Nordmann dort habe ich 40 Maurer, Zimmerer Arbeiter zugesandt, und fahren heute noch 4 Maurer nach dort. — Bei Abschluß des Vertrags haben Sie für pro Mann das Jahr Geheld im Betrag von 12,50 M. zu zahlen, ebenso den Abonnementbetrag von 150 M. Bei Stundenlohn von 75 Pfg. pro Mann 17,50 M.

Gochachient Otto Genske.*

Daraus, daß die Unternehmer die Streikbrecherempfehlung, anstatt sich ihrer zu bedienen, an den Bauarbeiterverband einsenden, darf man wohl schließen, daß mancher von ihnen in der Genskeschen Empfehlung ein Quat gefunden hat. Geld will der Mann, der als „Baumeister“ unmöglich wurde, verdienen, und zwar nicht wenig. 150 M. im Abonnement für ein Jahr, dazu Fahr- und Geheld für jeden Mann, den Genske zuschickt und außerdem noch Reisekosten in Höhe von 75 M. für sich selbst. Dafür haben die Unternehmer dann das Vergnügen, für eine Zeitlang eine Zahl raubheiner Gesellen zu erhalten, deren Umgang jeder anständige Mensch gern meidet. Genske rühmt sich zwar der Empfehlungen, die er dafür besitzt, daß er den Unternehmern bei ihren meistens lausibredereischen Untrichen aus der Patsche geholfen hat. Aber innerlich waren seine Kollegen von ehemals immer herzlich froh, wenn sie Genske mit samt den Maudeihern den Rücken kehren konnten. Seine ehemaligen Berliner Kollegen schüttelten ihn schon einmal recht kräftig ab. Und die Ueberzeugung der Empfehlungen an die Arbeiterorganisation zeugt davon, daß man anderswo auch so über ihn denkt.

Deutsches Reich.

Deudeter Boykott.

Der Streik in der Uichorienfabrik J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin ist nach vierzehntägiger Dauer am Sonntag vormittag beigelegt worden. Es ist den Vertretern der streikenden Arbeiter gelungen, die aufgestellten Forderungen zum größten Teile durchzusetzen. Teilweise wurden die Löhne über alle Erwartungen hinaus aufgebessert. Auch bezüglich der Wiedereinstellung der Streikenden wurden von der Firma bestimmte Zusicherungen gemacht. Verabredungsgemäß sollte Sonnabend die Hälfte der Streikenden eingestellt werden. Am Montag vormittag wurden aber bereits drei Viertel der Ausständigen wieder eingestellt. Der über die Produkte der Firma Gedr. J. G. Weiß verhängte Boykott ist aufgehoben.

Kleines feuilleton.

Herr Moissi beim Papst. Alexander Moissi, der bekannte Darsteller des Deutschen Theaters, ist in Rom beim Papst in einer besonders zu Audienzen empfangen worden.

Herr Moissi ist vom Papst entzückt. Er schwärmt von seiner „überaus sympathischen Persönlichkeit“ und findet namentlich den leicht venetianischen Anflug bei der Stimme des Papstes schön. Das Gesicht habe geradezu etwas Hofisches.

Wagig wie das Gesicht des Papstes ist offenbar auch die Seelenstimmung der liberalen Blätter, die angeblich gegen das Regiment der Katten im Kampfe liegen, diese Nachricht aber in auffälliger Schrift bringen, ohne daß ihr gehobener Gemütszustand auch nur vom leisesten Zweifel beeinträchtigt würde.

Auf einen ungetriebenen Seelenfrieden läßt es auch schließen, wenn sie im Anschluß an diese interessante Nachricht in schöner Knobelsprache sagen: „Moissi hat alles vorbereitet, um im kommenden April unter Steinhardt's Regie (hoffentlich doch unter der berühmten „persönlichen“) und mit einer italienischen Gesellschaft eine Tournee durch Italien zu unternehmen, die den „König Dedipus“ bringen wird.“

Ohne Zweifel hat Moissi alles aufs beste vorbereitet, wenn die Tournee schon mit einem persönlichen Segen des Papstes eingeleitet wird.

Mag Reinhardt soll, wie wir hören, von dieser neuen Art der Vorbereitung sogar ganz entzückt sein. Wenn sich die Chöre bewähren sollte, wird er ernsthaft überlegen, ob sich für gläubige Katholiken, die seine Theater besuchen, nicht ein Sündenablaß bewirken ließe. Wenn er auf diese Weise das künstlerische Ziel mit dem himmlischen Ziel vermählen könnte, würde sein Unternehmen ohne Zweifel eine neue Periode des Theatergeschäfts einleiten. Im besonderen möchte es den frommen Gläubigen angenehm sein, daß sie beispielsweise nach einem Besuch von Sternheim's Komödie „Die Hofe“ beim Verlassen des Theaters für extra begangene Sündenablässe den Ablass schon in der Tasche hätten.

Nachdem Reinhardt sich bereits mit Amerika, China, Sondon und Argentinien verhandelt hat, möchte ihm eine Alliance mit der weltbeherrschenden römisch-katholischen Kirche ganz neue Perspektiven eröffnen. Sollte er nicht im Interesse dieses groß gedachten Planes das Opfer eines Uebertritts zum Katholizismus bringen? Der prunkvolle Kult der römischen Kirche kommt seinem Regieempfinden sowieso in weitem Maße entgegen.

Aus der Geschichte der Lotterien. In Italien sind zurzeit die Lotterien deshalb sehr aktuell, weil eine wegen angeblich besonders günstiger Kombinationen gepriesene Wohlthätigkeitslotterie große Enttäuschungen gebracht hat und die Gewinne unter so viele Gewinner zu teilen sind, daß die Lotterieverwaltung bekannt machen mußte, der Gewinn würde die Postkosten für die Einlieferung des gewonnenen Loses nicht decken. Während nun die Blätter ihre Spalten mit Protesten ihrer Leser füllen, erinnert die Zeitung „Roma“ an die Geschichte der Lotterien. Diese sollen schon bei den alten Juden Brauch gewesen sein, sicher waren sie aber im antiken Rom als Schlupf der öffentlichen Festspiele verbreitet und beliebt. Der Kaiser Augustus ließ nach öffentlichen

Besten verschiedene Gewinne auslosen, so kostbare Kunstwerke und nubische Sklavinnen. Nero brachte seltene Vögel, Schiffe und sogar Jalein zur Verlosung. Unter Othogabal erhöhte man die Spannung, indem man merkwürdig kontrastierende Lotteriegewinne einsetzte. So konnte man bei einer Lotterie 10 Sklaven gewinnen oder 10 Hiegen, 10 Bären oder 10 Grillen, 10 Straußvögel oder 10 Pfund Sand. In der Folge, mit dem Ende des Reiches, verschwanden die Lotterien und man findet sie erst im 15. Jahrhundert wieder. Damals veranstalteten sie die Kaufleute von Venua und Venedig, um ohne Verluste ihre Ladenhüter loszuwerden. Die Leidenschaft erstreckte sich schließlich über die ganze Halbinsel und ging auch auf Frankreich über. Die Revolution verbot dann jede Art öffentlicher Lotterie, aber die Restauration führte das alte Mittel, von der Hoffnung auf Reichthum eine Steuer zu erheben, wieder ein.

Ein Götter der Wissenschaft. Der englische Professor Rankaster erzählt in einem der wissenschaftlichen Beiträge, die er wöchentlich für ein großes Londoner Blatt liefert, eine ergötzliche Geschichte von einem Chicagoer Millionär. Dieser König der Schweinemetzgerei besuchte das Laboratorium eines Gelehrten, der den Geldmann für die Wissenschaft zu interessieren suchte, indem er im stillen hoffte, daß dabei eine Spende für das Institut, dem er vorstand, abfallen würde. Der Gelehrte führte dem Besucher viele merkwürdige Experimente vor und zeigte ihm schließlich die von weihglühendem Natrium herrührenden zwei schmalen Linien gelben Lichtes. Er demonstrierte ihm auch vor, wie genau deren Lage im Spektrum festgestellt und gemessen werden kann, wie sie im Spektrum des Lichts, das eine Flamme, in der weihglühendes Natrium vorhanden ist, durchkreuzt, zwei schwarze Linien hervorruft. Und dann zeigte er ihm, daß in dem Spektrum des Sonnenlichts außer tausend anderen zwei schwarze Linien vorkommen, die genau mit den Natriumlinien übereinstimmen, während andere schwarze Linien im Sonnenspektrum mit den hellen Linien übereinstimmen, die von weihglühendem Eisen, Wasserstoff, Magnesium usw. ausgestrahlt werden. Die Beweisführung schien auf den Besucher einen tiefen Eindruck zu machen und der Professor harrete mit Freuden der Dinge, die da kommen sollten. Schließlich öffnete der Millionär den Mund und sprach: „Aber wenn zum Henker ist daran gelegen, ob es auf der Sonne Natrium gibt!“ — Wenn der Gelehrte dem großen Mann vorgeführt hätte, wie sich Schweinsböden profitabler verwenden lassen, so hätte die Kasse des Instituts sicher besser abgekommen.

Woher kommen die Rumänen? Bei dem Rassenmisch, das die Bevölkerung des Balkans darstellt, ist es äußerst schwierig, die Herkunft und Stammesart der einzelnen Nationen festzustellen. Am kompliziertesten aber liegen wohl die Verhältnisse bei den Rumänen, in denen man lange Zeit Nachkommen der alten Dazier gesehen hat und die man für ein romanisches Volk hielt. Durch die Forschungen des bulgarischer Ethnologen Emil Fischer ist aber auf Grund eines reichen historischen und sprachgeschichtlichen sowie ethnographischen Materials der Beweis geführt worden, daß die heutigen Rumänen „Thrakio-Romanen“ sind. Diese romanisiereten Trazier haben dann so viel slawenisches Sprachgut und Blut aufgenommen, daß sie dadurch zu Halbslawen geworden sind. Diese Rassenverhältnisse spiegeln sich deutlich in der rumänischen Volkspoesie wieder, die eine innige Verschmelzung slawischer und romanischer Denkart darstellt und in der die wilde Leidenschaft und

düstere Melancholie des echten Slawen mit der scharfen, gesund sinnlichen Auffassung des Romanen gepaart ist. Einen ebenso klaren Niederschlag haben die mannigfachen Elemente des heutigen rumänischen Volkes in ihrem Dialekt gefunden. Diese Dialektsprache enthält neben französischen, lateinischen und magharischen Lehndörtern auch viele albanische, bulgarische, serbische, griechische, türkische und russische Spuren.

Humor und Satire.

Selbsterkenntnis.

Umständlich und geräuschvoll schmeuzen Die Diplomaten ihre Nase: „Selbst! Man schlägt sich tot mit Kreuzen. Das ist die allerneueste Waise. Der Halbmond ist zum Keimmond worden; Man könnte mit ihm Stiefel wischen. Nun sind die Christen dran und mordeten Sich brüderlich mit Kreuzen. Da gilt es reichlich überlegen Den Wert der Demut und des Stolzes, Und ob das der ersuchte Segen Und Zweck des armen Marterholzes. Warum das Christentum der Griechen, Der Herr'n Bulgaren und der Serben (Man kann es schon von weitem riechen). Zum Töten besser als zum Sterben. Doch ist bei näherer Betrachtung An und die Reihe des Erstens: Sie fliegen ja in untrer Käftung Erst durch die ehle Kunst des Tötens.“ „Was werst ihr immer vor uns beiden, Daß die Moral ein bißchen lag ist.“ Ein wahrer Christ muß unterscheiden Klar zwischen Theorie und Praxis.“ (E. Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

Die Nationalgalerie erwirbt auf der römischen Internationalen Sezessionsausstellung ein Werk des Münchener Malers Hans Heider. Es stellt den Bahnhof in Dachau dar. Die schwarze Kapelle. Im Herbst wird auf Anregung des Kolonialamtes eine Eskori-Kapelle aus Dar-es-Salaam nach Deutschland kommen. Die Schwarzen spielen hauptsächlich deutsche Programme, natürlich auch Wagner. — Wenn diese Reklame für unsere Kolonien nicht zieht! — Opfer des Meeres. Eine vom britischen Handelsamt herausgegebene Statistik gibt einen Ueberblick über die Opfer an Menschenleben, die das Meer im letzten Schiffahrtsjahre von der britischen Handelsmarine und ihren Passagieren gefordert hat. In der Zeit vom 1. Juli 1911 bis zum 30. Juni 1912 fanden im Verlaufe von Reisen auf britischen Schiffen nicht weniger als 2800 Menschen den Tod, gegenüber 970 im Jahre vorher. Das gewaltige Anschwollen der Unglücksziffer wurde durch die „Titanic“-Katastrophe hervorgerufen. Gerettet wurden im letzten Schiffahrtsjahre von Schiffbrüchen an den britischen Küsten 2398 Personen.

Die Werftarbeiterbewegung.

Bolffs Telegraphenbureau meldet aus Hamburg:
Auf der Vulkanwerft haben sämtliche Arbeiter und auf der Werft Blohm u. Wöb hat ein Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Dem Streik liegen Lohnforderungen zugrunde. Auf den anderen Werftwerften wird vorläufig weitergearbeitet.

Eine liberale Stadtverwaltung liefert Streikbrecher.

In seltener Größe hat sich die Stadtverwaltung der Haupt- und Residenzstadt Oldenburg gezeigt. Bei der Firma Lide, die auch städtische Arbeiten auszuführen hat, streikten die Erdbarbeiter, um die Firma zum Abschluss eines Tarifvertrages und zur Anerkennung der Organisation zu veranlassen. Am Sonnabend früh kommandierte nun die Stadt einfach städtische Arbeiter zu dem Unternehmer, die dann Streikarbeit verrichten mußten. Auf die Beschwerde des Organisationsvertreters hin erklärte das Bauamt, seine Maßnahme sei „im Interesse des Verkehrs“ geboten. Durch den Streik war eine gar nicht besonders verkehrsreiche in Pflasterung befindliche Straße in der Fertigstellung verzögert.

Gediegen ist, daß zur Streikarbeit die Straßenreinigungskolonnen kommandiert wurde. „Im Interesse des Verkehrs“ unterbleibt — dem rücksichtlosen Unternehmer zuliebe — also einfach die Reinigung der Straßen. Der Magistrat der Stadt Oldenburg tut sich sonst auf seine Liberalität allerlei zugute. Jetzt zwingt er städtische Arbeiter zu einer Tätigkeit, die von jedem aufrechten Arbeiter als unehrenhaft empfunden wird.

Stadtrat und Koalitionsrecht.

Der Mannheimer Stadtrat hatte dem Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn durch den Bürgermeister Ritter eröffnen lassen, daß die Straßenbahner nicht berechtigt seien, „öffentliche Versammlungen einzuberufen und darin als Ankläger ihrer vorgesetzten Behörde aufzutreten“. Die Straßenbahner haben sich die Beschränkung ihres Versammlungsrechtes durch ihren „Arbeitgeber“ selbstverständlich nicht gefallen lassen und haben in einer späteren Versammlung gegen den stadträtlichen Beschluß, der durch die Beschränkung der Kritik auch eine Beschränkung des Koalitionsrechtes in sich schließt, Vertretung eingelegt.

Der Stadtrat hat nun daraufhin sich abermals mit der Frage befaßt und hat seinen früheren Beschluß nicht nur aufrechterhalten, sondern hat auch noch den vergeblichen Versuch gemacht, nachzuweisen, daß die Straßenbahner überhaupt kein Koalitionsrecht besitzen. Die Verufung auf den § 152 der Reichsgewerbeordnung, so wird ausgeführt, scheitert an dem § 6 der Gewerbeordnung, weil dieser die Betriebe der Eisenbahnunternehmungen ausnimmt. Der Gedanke, daß der Gesetzgeber, als im Jahre 1869 dieser das Koalitionsrecht einschränkende Paragraph geschaffen wurde, unmöglich eine Betriebsart im Auge haben konnte, die damals noch gar nicht existierte, scheint dem Herrn Stadtrat, der dieses Gutachten auf dem Gewissen hat, nicht gekommen zu sein. Denn hätte er sich mit dem einschlägigen Material vertraut gemacht und hätte die damals im Norddeutschen Reichstag hierüber gepflogenen Verhandlungen nachgelesen, so würde er gefunden haben, daß weder in der Begründung noch im Bericht und auch in den stenographischen Berichten auch ein einziges Mal der Ausdruck „Straßenbahner“ vorkommt. Nun, das Rechtsgutachten mußte so ausfallen, wie es der vorgesetzten Behörde genehmert und ihr in den Kram paßt.

Geradezu unglaublich ist es, was der Mannheimer Stadtrat sich in bezug auf das Versammlungsrecht erlaubt. Denn das interessante stadträtliche Schriftstück schließt mit folgendem selbstherrlichen Ullas:

„Dem Fahrbedienstetenpersonal ist hiernach zu eröffnen, daß der Stadtrat künftighin disziplinar gegen solche Fahrbedienstete einschreiten wird, die eine unbeschränkte öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher Beschlüsse des Stadtrats als der der vorgesetzten Behörde in unbeschränkter Öffentlichkeit kritisiert und zur Diskussion gestellt werden.“

Der Vollzug ist anzuzeigen.

Rr. 5824 I. gez. Ritter.“
Der Stadtrat bestimmt hier also, worüber nicht geredet werden soll. Er verbietet einfach, daß er öffentlich kritisiert wird. Und wenn der Stadtrat oder das städtische Straßenbahnamt noch so große Dummheiten macht, die Straßenbahner dürfen mit ihren Beschwerden nicht an die Öffentlichkeit gehen. Ein wirklich verblüffend einfaches Mittel, dessen sich der Stadtrat hier bedient. Kritik ist erlaubt, aber die Öffentlichkeit darf hieron nichts erfahren.

Der Streik bei der Tiefbau-Aktiengesellschaft Julius Berger-Berlin am Nordbahnhof in Riksbaustr. 1. El. hat bei den Vermittlungsverhandlungen unter dem Vorsitze des Bürgermeisters zu einer Verständigung noch nicht geführt, da die Firma sich immer noch weigert, die tariflichen Löhne im ganzen Umfang (mit Zuschlägen) zu zahlen. Seit Freitag ist das Militär aus dem Streikgebiet zurückgezogen und auch die „zum Schutze der Arbeitswilligen“ aufgestellten Polizeiposten, die so blutig ihres Amtes walteten, sind auf ein Minimum reduziert. Eine ohne Zwischenfall verlaufene öffentliche Protestversammlung, die von 6 bis 8000 Personen besucht war, forderte von der Generaldirektion der Eisenbahnen die Durchführung des Tarifs.

Ausland.

Glasarbeiterfreie in Kopenhagen.

Aus Kopenhagen wird berichtet, daß die Glaser bei einem Teile der Unternehmer sich im Auslande befinden, nachdem die übrigen Unternehmer einen Tarif abgeschlossen haben. Die Unternehmer sollen verlangen, Arbeitskräfte aus dem Auslande zu bekommen und wird deshalb um Fernhaltung des Zuzugs gebeten.

Aus Industrie und Handel.

Südwestafrikanisches Gefrierfleisch auf dem Hamburger Markt.

Die Firma Boermann Brod u. Co. hat vorerstweise eine Anzahl südwestafrikanischer Kälber in gefrorenem Zustande, die den gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich des Zusammenhanges der inneren Teile mit dem Rierkörper entsprechen, in Deutschland eingeführt. Das Kalbfleisch gelangte in Hamburg auf den Markt. Die gleiche Firma hat, um selbst die Güte des Fleisches der deutschen Kolonie zu erproben, in ihrer eigenen Kantine aus dem eingeführten Gefrierfleisch Kalbsbraten und Kalbssteak herrichten lassen. Trotzdem es sich um gefrorenes Fleisch handelte, lautete das Urteil über die Qualität recht zufriedenstellend. Niemand in der Kantine würde es für eingeführtes Fleisch gehalten haben, wenn die Herkunft nicht vorher bekanntgegeben wäre. — Die „Koloniale Korrespondenz“ knüpft an die Mitteilung von diesem Einfuhrversuch die Bemerkung, daß nun den südwestafrikanischen Viehzüchtern die große Sorge um den Absatz ihrer wachsenden Kinderherden genommen sei. Wir glauben das nicht, da die Fruchtbedingungen in Australien und Südamerika günstigere sind als in Westafrika und trotzdem eine Einfuhr von Kalbfleisch in größeren Mengen infolge des § 12 des Fleischbeschaugesetzes wirtschaftlich unmöglich ist. Zum mindesten könnte man erwarten, daß die Vorbestimmung des Viehs in den deutschen Kolonien durch beamtete Tierärzte die im § 12 vorgesehenen Bestimmungen über die Verkauf in Deutschland unmöglich machte. Aber unsere Junker hemmen auch die geringe Entwicklungsmöglichkeit unserer Kolonien, wenn es sich um ihren eigenen Profit handelt und darum wird auch der § 12 aufrechterhalten.

Soziales.

Versuchte Beseitigung einer Unfallrente.

Der Macht der Berufsgenossenschaften, dem Drängen des Reichs-amtes des Innern und der wachsenden Geneigtheit des Reichs-versicherungsamtes, die Wünsche der Berufsgenossenschaften zu befriedigen, ist es bekanntlich gelungen, in vielen Fällen erwerbs-unfähige Arbeiter in erwerbsfähige umzumodeln. Niemand als der Arbeiter selbst wäre froher über eine tatsächliche Wandlung einer Erwerbsunfähigkeit in eine Erwerbsfähigkeit. Diesen Weg schlägt die Praxis jedoch nicht ein, kann ihn nicht einschlagen, weil die ärztliche Kunst nicht allmächtig ist. Sie geht vielmehr den sonderbaren Weg, daß sie tatsächlich Erwerbsunfähige in Erwerbs-fähige durch Verträge schreiben läßt und das schlimme ärztliche Gutachten zum Rechtspruch macht. Es kommt es, daß viele Tausende von Arbeitern, die voll invalide sind, in Nicht-Invalide umgeschrieben werden. Liegt der Fall gar zu trüb, so begnügt sich die Praxis mit der Aufschreibung einiger Prozente Erwerbs-fähigkeit an den Unfallverletzten. Durch solch Rezept ist zwar ein Arbeiter noch nie erwerbsfähig geworden. Es hilft dem Arbeiter nicht, es schadet ihm. Aber Talenti-Bürokraten aus ärztlichen und nationalökonomischen Kreisen — wir erinnern an Professor Bernhart — stellen sich dem Kapitalismus so solcher Herabsetzung oder Tilgung der Rente zur Verfügung. Im Interesse des Kapitalismus werden die einfachsten naturwissenschaftlichen Tatsachen und Erfahrungen in ihr Gegenteil gekehrt, wenn es sich um Arbeiter handelt. Erinnert sei an die Fälle, in denen Verträge hartnäckig bewiesen, der Invalide sei noch erwerbsfähig oder der Unfall-rentner verfiel sich nur, und die Bescheide just eintrafen, als der Invalide an Entkräftung, der Unfallrentner an „Verstellung“ gestorben war.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft hat den Versuch gemacht, nun auch die Fiktion, daß das Gegenteil besser, was ist, vorliege, auf Rechtsbegriffe zu übertragen. Das Reichsversicherungsamt ist diesem Versuch in einem Einzelfall entgegengetreten. Der Rechtsfall war folgender:

Ein Landarbeiter erlitt am 7. August 1897 einen Betriebsunfall durch Verletzung seiner rechten Hand. Die Rente wurde ihm immer mehr herabgesetzt. Schließlich wurde sie auf 10 Proz. festgesetzt. Dem Arbeiter standen darnach jährlich ganze 30 M. Rente, zahlbar in vierteljährlichen Raten von 6 M. zu. Er suchte inzwischen durch Schneiderlei sich durczuzuhelfen. Die „Rente“ wird dem Arbeiter — im Gegenzug zu sonst verunglückten — nicht zugesendet. Er muß sie sich vielmehr holen und hat dabei viele Scherereien. Der Schneider erklärte nun der Polizei, die Rente sei ihm zu gering, durch die Abholung der Rente verläume er mehr Zeit, als die Rente ihm einbringe. Vom 1. Januar 1911 sollte er die Rente nicht mehr ab. Er nahm an, die Berufsgenossenschaft würde sie ihm erhöhen oder zuwenden. Darin täuschte er sich aber gewaltig. Die Berufsgenossenschaft erklärte, die Rente werde künftig in Fortfall gebracht, denn in dem Verhalten des früheren Landarbeiters liegen — ein Verzicht auf die Rente. Das Schieds-gericht für Arbeiterversicherung in Königberg, an das sich nunmehr der Arbeiter wendet, anerkennt: ein Verzicht liegt nicht vor, auch habe die Berufsgenossenschaft, da mehr als 5 Jahre seit der Rentenfestsetzung verfloßen waren, kein Recht, einseitig die Rente zu streichen; das könne nach dem klaren Wortlaute des Gesetzes nur auf Antrag durch das Schiedsgericht erfolgen. Aber, erklärte das Schiedsgericht, andererseits hatte das Schiedsgericht kein Bedenken, anzunehmen, da wieder eine längere Zeit seit der letzten Rentenklärung verstrichen ist, daß nunmehr vollständige Gewöhnung an den Zustand eingetreten ist. Es erschien daher angemessen, die Rente einzustellen.“

Das Reichsversicherungsamt, bei dem der Unfall-verletzte Rekurs einlegte, hob diesen eigenartigen Spruch auf. Nach dem Gesetz sei ein ausdrücklicher Antrag der Berufsgenossenschaft auf Aufhebung der Rente erforderlich. Ein solcher liegt aber weder in der eigenmächtigen Aufhebung der Rente durch die Berufsgenossenschaft, noch in ihrem Antrag auf Abweisung der Verufung.

Die versuchten Rechtsfiktionen sind in diesem Falle daher nicht geglättet. Der Arbeiter hatte es glücklicherweise nicht unterlassen, sich an ein Arbeiterssekretariat zu wenden.

Alkoholismus und Heer.

Unter dieser Stichmarke macht jetzt eine Notiz die Kunde durch die Tagesblätter, nach welcher die Heeresverwaltung sich rühmt, gegen den Alkoholismus vorzugehen. Man schärfe den Soldaten vor dem Ausrücken ins Mandor ein, daß Alkohol gefährlich sei und daher erspargetränke, Tee, kalter Kaffee usw. mitgeführt werden. Sehr gut und die Herren Offiziere werden sicher mit einem guten Beispiel vorangehen. Weiter heißt es in dem Artikel: Eine Statistik über den Einfluß des Alkohols auf die Wehr-fähigkeit der Mannschaften hat ergeben, daß sich mit dem zunehmenden Bierkonsum und dem zunehmenden Verbrauch anderer alkoholartiger Getränke im Heere die Zahl der wegen Herzleidens entlassenen Soldaten in 16 Jahren verzehnfacht hat. Während in den Jahren 1881 bis 1887 in der deutschen Armee auf 1000 Mann nur 1,5 Herzranke kamen, hatte sich die Zahl der Kranken nach 16 Jahren schon auf 14,4 gesteigert. Man nimmt mit Recht an, daß diese Steigerung von Herzkrankheiten auf gesteigerten Alkoholverbrauch zurückzuführen werden mußte. Diese Auffassung wurde bestätigt durch den Rückgang in der Folgezeit, der durch die Alkohol-befämpfung im Heere erzielt wurde. Schon im Jahre 1909 betrug die Zahl der Herzranke auf 1000 nur noch 3,2.

Diese Aufzählung stimmt aber nicht ganz. Man beachtet nicht, daß man vor 16 Jahren noch größere Anforderungen an die militärische Tauglichkeit stellte als heute. Damals wurden alle Herzranke sorgfältig ausgeschieden, ja in vielen Fällen sogar gleich wieder nach ihrer Einstellung entlassen. Anders heute. Tatsache ist, daß heute eine große Anzahl herzkranker Arbeiter in das Heer eingestellt werden und da sich die Zahl der Herzranke von Jahr zu Jahr an sich schon steigert, die Herzranke eine Folgeerscheinung unlerer wahnfinnigen Produktionsweise ist, so werden eben mehr Kranke dem Heere zugeführt. Wird nun nach der neuen Militär-vorlage auch noch die Hunderttausend neu ausgemustert, dann steigt die Zahl noch höher. Was ist dann die Folge? Leider verläumen viele Arbeiter, sich vor der Musterung ein Gutachten von einem Spezialarzt über ihren Zustand zu verschaffen. Sie werden dann einfach „gezogen“ und in das Heer eingestuft. Man denke nur an einen Fabrikarbeiter, welcher herzkrank ist, seine gewohnte Tätigkeit in der Fabrik aber ruhig weiter ausführen konnte, welcher dann aber den Hofenerhof gelagert, geht er, turnen muß usw. In wenigen Wochen schon steigert sich sein Leiden, so daß er das Lazarett aufsuchen muß. Dann wird eine genauere Untersuchung vorgenommen. Es wird festgestellt, daß der Betreffende vor seiner Einstellung bereits „etwas herkrank“ gewesen sei. Er wird dann ohne Pension entlassen. Eine Dienstbeschädigung liegt ja nicht vor, weil der Mann ja schon vor seiner Einstellung nach eigener Angabe herzkrank war. Der Mann war arbeitsfähig, als er in die Kaserne eintrat und verläßt dann diese Ausbildungsanstalt als gebrochener Mensch ohne Rente und fällt dann seiner Krankenkasse zur Last. Verschlimmert hat man sein Leiden dort und kein Pfennig wird ihm gezahlt, kein Erlaß der Krankenkasse für die Aufwendungen erstattet. Ja es gibt sogar kranke Reservisten, verheiratete Männer, die es nicht wagen, durch ein Arztgutachten ihre Dienstunfähigkeit zu nachzuweisen. Entweder scheuen sie die Ausgaben für ein Arztgutachten, welches ja auch nicht gerne gegeben wird, oder sie glauben, daß ein Privatgutachten doch dem Militärarzt nicht imponiert und treten ruhig die Werbung an. Die Folge ist dann auch eine erhebliche Verschlimmerung des Leidens und die Krankenkassen können den Mann dann 26 Wochen womöglich unterstützen. Die arme Familie hatte fast kein Brot während der Werbung des Ernährers und muß sich dann mit dem kurzen Krankengeld viele Wochen begnügen. Dadurch wird die Notlage natürlich noch mehr erhöht. Die Krankenkassen können ein Sieben davon singen, welche Belastung ihnen alljährlich durch die unsinnige Einstellung

kranker Arbeiter in den Heeresdienst erwächst. Die Krankenkassen können sich hiergegen nicht schützen, wenn die Arbeiterschaft selbst nicht Maßnahmen ergreift. Herz- oder lungenkranke Arbeiter gehören nicht in den Heeresdienst und müssen sich dieselben eben selbst zu schützen suchen. Einerlei, wie man auch diese Schutzmaßnahmen seitens der Kurrapatrioten aufnimmt.

Von der sozialen inneren Kolonisation.

Die Kulturarbeitstätte Reppen ist vom Verein für soziale Kolonisation Deutschlands fertig kultiviert worden. Vierzig Morgen Obland sind in Kulturland umgewandelt, mit Obstbäumen, Beeren-obst, Gemüse, Spargel und Kartoffeln bepflanzt, mit Straßen versehen und mit Häusern umzogen. Sieben Ansfiedlerfamilien leben bereits auf dem Gelände, sie scheinen gut vorwärts zu kommen, ernten reichlich Erdbeeren, Salat, Frühgemüse und Frühkartoffeln. Die Kinder, die in Berlin stets kränzlich waren, haben sich sehr gut erholt. Der Verein ist bereit, noch weitere Rentengüter zum Preise von 5000 bis 6000 M. bei einer Anzahlung von einigen 100 M. und einer Jahresmiete von ungefähr 200 M. einzurichten. Zum Herbst soll in Beckow eine Kulturarbeitstätte errichtet und wahrscheinlich auch im Ravenser Kreise die Arbeit aufgenommen und Arbeitslose bei ausreichendem Lohn beschäftigt werden.

Der Verein für soziale Kolonisation Deutschlands kann die Ursachen der Not nicht beseitigen. Aber er kann im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung manche Unterlassungen des Reichs, des Staates, der Gemeinden und Provinzialverbände reparieren. Seine praktische Arbeit ist die beste Widerlegung des Gefasses, daß Arbeitslose nicht arbeiten wollen. Sie kann naturgemäß nur ein kleiner Notbehelf für einzelne Fälle sein. Es verdient das Bestreben des Vereins, soweit es auf Gewährung von Arbeitsgelegenheit abzielt, trotzdem Anerkennung, wenngleich der Verein Pflichten erfüllt, die öffentlichen Korporationen eigentlich obliegen. Die Hoffnung freilich erscheint utopisch, daß die Vereinsarbeit Lohnarbeiter in erheblicher Anzahl zu selbständigen Ansfiedlern machen und dauernd in wesentlichem Umfang der Arbeitslosigkeit steuern könne.

Gerichts-Zeitung.

Die Tragödie einer Arbeiterin.

Ihr laßt den Armen schuldig werden,
Dann überlaßt ihr ihn der Pein.

Ein erschütterndes Elendbild wurde dieser Tage am Schwurgerichte zu Amberg i. O. aufgestellt.

Die verwitwete Fabrikarbeiterin Elise Franz hatte sich wegen des Verbrechens des Totschlages zu verantworten. Die Arbeiterin hatte einen dem Alkoholteufel verfallenen Mann, der sie auf das brutalste mißhandelte. Im letzten Frühjahr ließ der Trunkenbold die Frau einmal eine Nacht hindurch im bloßen Hemd vor seiner Wohnungstüre lauern. Hierauf trennte sich die Bequälte von ihrem Manne, der sich inzwischen aufhängte.

Mit ihrem dreijährigen Kinde fuhr die Arbeiterin Anfang April von ihrem Wohnort Hof nach Amberg, ihrem früheren Heim, um dort in einer Fabrik Arbeit zu nehmen. Nachts gegen 12 Uhr kam die Frau mit ihrem dreijährigen Kinde in Amberg an. Sie ging von Gasthaus zu Gasthaus und suchte mit bittenden Worten und gegen gutes Geld um ein Nachtquartier nach. In-besseren, so wurde am Amberger Schwurgericht konstatiert, im frommen, schwarzen Amberg, fand sich kein Gastwirt, der der Frau und dem Kinde Obdach bot. Die Arme mußte nebst ihrem dreijährigen Töchterlein die rauhe Aprilnacht im Freien, in einer Anlage zubringen. Am frühen Morgen wollte die Frau Verwandte aufsuchen, mußte aber erfahren, daß diese längst von Amberg weggezogen sind. Nun suchte die Bequälte mit ihrem halberstarrten Kinde eine Kaffeeshänke auf und stärkte das Kind mit einem warmen Getränk. Nach Verlassen dieser Schänke merkte die Arbeiterin mit Schrecken, daß ihr die Geldbörse mit etwa 11 M. Inhalt — ihrer ganzen Habe — abhanden gekommen war. Alles Suchen und Fragen um das Verlorene war ohne Erfolg, das Geld fand sich nicht mehr. Mittel- und heimatlos, ohne Obdach, anzüglichen Fragen und mißtrauischen Blicken ausgesetzt, entschloß sich die Verzweifelte, mit ihrem Kinde zu Fuß nach Oberfranken zu wandern. Außerhalb der frommen Stadt Amberg kam die Heimatlose am Friedhof vorbei. Sie geht dort auf und ab, überblickt Kreuze und Gräber und wird von Verzweiflung und Schwerkmut befallen. Sie wird mutlos und entschloß sich, mit ihrem Kinde in den Tod zu gehen. Unweit des Friedhofes ist ein großer Weiser, Knaben badeten darin. Als sich die fröhlichen Buben entfernt hatten, wirft die Unglückliche ihr Kind ins Wasser und sprang selbst nach. Arbeiter, die vorübergingen, sahen die Frau bewußlos im tiefen Wasser treiben und zogen sie heraus. Auch das Kind wurde gefunden. Es war tot. Die Mutter wurde ins Leben zurückgerufen, kam ins Krankenhaus und von dort ins Unterjuchungsgefängnis.

Vor dem Schwurgerichte klagte sie die völlig gebrochene Mutter als Vernichterin des Lebens ihres Kindes an. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage. Die Unglückliche mußte freigesprochen werden. Einsam und elend in größter Not verließ die Arme den Schwurgerichtssaal — sie ist „frei“, mit Recht freigesprochen. Denn die Tat kann der verzweifelten unglücklichen Mutter nicht zugerechnet werden. Schuld an ihrer Verzweiflung war im letzten Grunde die erbarmungslose Gesellschaftsordnung, die noch weit ab von dem Wahlspruch: „Alle für Einen, Einer für Alle“, handelt. Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein; denn alle Schuld rächt sich auf Erden.

Stadtbahnfledderei.

Ein Abenteuer auf der Stadtbahn, welches ihn netto 1000 M. kostete, hat der Kaufmann B. zu bestehen gehabt, der gestern in einer Straffasse vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I als Zeuge erscheinen mußte. Aus der Unterjuchungschaft wurden die Gelegenheitsarbeiter Emil Berke und Albert Lauenburg vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen Diebstahls, Berke auch im Rück-falle, zu verantworten.

Eines Tages, Anfang Juni d. J., hatte der in Charlottenburg wohnhafte Kaufmann B. in Berlin verschiedene geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen gehabt. Als er ermittelte den Nordringzug bestieg, um nach dem Bahnhof Charlottenburg zu fahren, dauerte es nicht lange und er war fest eingeschlafen. Als er wieder erwachte, befand er sich in einem tollen Zustande. Seine Weinkelber waren auf beiden Seiten herausgeschnitten und zwar an der dem Jackett ein großes Stück herausgeschnitten und zwar an der Stelle, an welcher sich bisher die Brieftasche befunden hatte. Diese waren verwunden, ebenso Uhr und Kette. Die jeglichen beiden Angeklagten wurden als die „Leichenfledderer“ verurteilt. Berke war schon wiederholt wegen derartiger Stadtbahnverbrechen vorbestraft. Von dem gestohlenen Gelde wurden nur noch 1000 M. vorgefunden, wo das übrige Geld in der kurzen Zeit geblieben war, ließ sich nicht ermitteln. — Mit Rücksicht darauf, daß Berke anscheinend ein unverbeßerlicher Dieb ist, erkannte die Strafkammer gegen ihn auf 2½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Lauenburg lautete das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Verteilen von Druckschriften aus Anlaß einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel.

Eine sozialdemokratische öffentliche Versammlung unter freiem Himmel fand am 27. Oktober 1912 mit Zustimmung eines Land-

Wirkt in der Gegend von Cels auf dessen Hof und angrenzendem Acker statt. Jedermann hatte Zutritt. Nach dem Schluß der Versammlung wurden Exemplare des Kalenders für das wertvolle Geld der Provinz Schlesien an etwa 40 Personen verteilt, die noch teils auf dem Hof, teils auf dem Acker verweilten. Als Verteiler wurden Wäbke und Treffer von der Strafkammer in Cels wegen Übertretung des § 10 des preussischen Preßgesetzes verurteilt. Danach darf niemand auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten unentgeltlich Plakate, Aufrufe oder Bekanntmachungen verteilen, ohne dazu eine polizeiliche Erlaubnis zu haben. Es seien die Kalender als Aufrufe anzusehen, da sie Aufrufe enthalten hätten. Schon auf der Rückseite habe sich ein Aufruf in Versen befunden, der sich auf die nächsten Wahlen zum Landtage bezog habe. Weiter befinde sich im Kalender ein Aufruf an die Land- und Forstarbeiter, sich zu organisieren. Es habe sich um Verteilung an einem öffentlichen Ort gehandelt. Denn durch die Bestimmung des Privatgrundstücks zu einem öffentlichen Versammlungsorte sei es zu einer öffentlichen Orie geworden, und es sei auch noch so lange ein solcher geblieben, als sich die fraglichen Personen dort aufhielten. Auch handele es sich nicht um einen geschlossenen Raum im Sinne des § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung, wonach in „geschlossenen Räumen“ zur nicht gewerbemäßigen Verteilung von Druckschriften eine Erlaubnis nicht erforderlich sei. Nach alledem sei Angeklagter wegen Übertretung des § 10 des preussischen Preßgesetzes zu verurteilen.

Das Kammergericht verwarf die von dem Angeklagten eingelegte Revision mit folgender Begründung: Ohne Rechtsirrtum sei festgestellt, daß es sich um die Verteilung von Aufrufen handelte, weil der Kalender solche enthielt. Ferner sei auch ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß die Verteilung an einem öffentlichen Orte erfolgte, da die Strafkammer ausdrücklich festgestellt habe, daß der Landwirt auch nach Schluß der Versammlung, als die Verteilung stattgefunden, das volle Verfügungsrecht über sein Grundstück noch nicht wieder erlangt hatte.

Diese Konstruktion eines Grundstücks, über das dem Einderufer das Hausrecht zustand, zu einem öffentlichen Ort ist nicht abdenklich. Aber man wird bei der Agitation darauf zu achten haben, daß Aufrufe, Plakate und Bekanntmachungen bei solchen Anlässen nicht verteilt werden.

Schulleiern müssen auch am gewöhnlich schulfreien Nachmittage besucht werden, — so hat dieser Tage das Kammergericht im Gegensatz zur Strafkammer in Halle entschieden. Herr Schmeil in Dolau sollte die Schulbesuchung der Regierung zu Erfurt, welche die unberechtigten Schulbesuchung mit Strafe bedroht, dadurch übertreten haben, daß er seine Tochter an einer Weihnachtsfeier der Volksschule zu Dolau nicht teilnehmen ließ, weil sie an dem gewöhnlich schulfreien Sonnabendnachmittag und weil sie in einer Gastwirtschaft stattfand.

Die Strafkammer in Halle sprach den Angeklagten frei. Sie nahm an, die Schulfreier sei dem eigentlichen Unterrichtsgegenstande, denn sie diene der Belehrung und Erziehung, namentlich auch in sittlicher Beziehung. Es habe aber die Schulfreier nicht innerhalb der Stunden stattgefunden, die gewöhnlich Schulfreien seien. Die Mittwochnachmittage und die Sonnabendnachmittage seien nach langer Übung schulfrei. In diese Stunden hätte die Schulfreier nicht verlegt werden dürfen. Da es sich um den Sonnabendnachmittag handelte, so sei der Angeklagte freizusprechen.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung zurück. Begründung wurde ausgeführt: Schulfreier seien den gewöhnlichen Unterrichtsstunden gleich zu achten und die Kinder müßten zu Schulfreier auch in öffentliche Lokale gehen, wenn die Schulbehörde es anordne. Daß der Mittwochnachmittag und der Sonnabendnachmittag gewöhnlich schulfrei seien, wäre unerheblich. Es komme nur darauf an, ob die Feier von der Schulbehörde ordnungsmäßig angeordnet gewesen sei. Somit sei das Urteil aufzuheben und die Sache an das Landgericht zurückzuverweisen.

Aus aller Welt.

Die gekränkten Tintenkuhl.

Anlässlich des 75. Geburtstages des Grafen Zepelin hielt auch der Stuttgarter Magistrat ein solennes Festessen ab — ohne aber die dortige Presse einzuladen. Ob dieser ihr dorendhaltenen Gratisabfütterung ist sie natürlich sehr erbozt. Ja, und als ein Rechtsrat in öffentlicher Sitzung des Gemeindefolgeausschusses erklärte: es sei nicht einzusehen, warum die Presse nicht auch einmal über etwas berichten könne, wobei sie nicht mitgegessen habe, da verließen die anwesenden Jedermannen forsch wie sie immer zu sein pflegen, wenn es gilt, „Kameludensholz“ zu zeigen, den Rathausaal. Kein Wunder, denn etwa acht Tage zuvor hatte Graf Zepelin ihrer Dreihundert, so da in Stuttgart kongressierten, abgeföhrt. Sie gedachten ihm zu „huldigen“, was soviel bedeutete: sie erhofften eine Gratulationsstreife, womit es freilich nicht wurde. Der alte Kellergeneral kennt eben auch die „schöne Großmacht“. Er kalkulierte: Ehe ich ein Luftschiff mobil mache, gebe ich lieber einen Gappensappen. Das ist billiger. Und bei dieser Gelegenheit verzeigte er den 300 neugierigen Thebanern einen kräftigen Kaffensüßer. Es sei augenblicklich kein Fahrzeug da. Und seine „Wertigkeit“ in Mansell dürfe er ihnen auch nicht zeigen; noch weniger aber dürfe er was ausplaudern, weil zu befürchten stünde, daß es die bösen Franzosen hörten, die ja ohnehin schon vor nicht gar langen Wochen seinen Kreuzer in Nancy bloß festgehalten hätten, um ihn schamlos zu kopieren. Und was dergleichen Storchennärschen mehr waren.

Wie zum Teufel sollen sich die Herrn Journalisten nun verhalten? Dieser stopft ihnen den allzeit derselben Mund durch ein Gabelfrüßstück, und ein anderer erwartete gar, sie sollen schreiben, o h n e abgeföhrt zu werden. Der erstere Fall, nun ja, darüber ist man rasch einig; aber der zweite? Nein, niemals! Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hochtrabend: die Presse könne nicht über Dinge berichten, die sie nicht mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört habe. Das ist natürlich Aufschneidererei. Bürgerliche Linientische pflegen doch häufig nach Vorlagen zu arbeiten. Wie käme es sonst, daß Berichte über irgendein kulinarisches Zwedessen usw. schon vorher im Saß zu stehen pflegen?

Todesstürze mit dem Flugzeug.

Zu gleicher Zeit mit den Triumphnachrichten über neue improvisierte Flugrekords stellen sich auch neue Hubschrauben über tödliche Fliegerabstürze ein, ein Memento, daß die sichere Flugmaschine erst noch erfunden werden muß. Die Telegramme lauten:

Strasburg, 14. Juli. Auf dem Flugplatz Sabbsheim-Mühlhausen ist heute früh um 6 Uhr der 19 Jahre alte Flugschüler Dietrichs beim Landen so stark ausgefahren, daß der Apparat sich überschlug und den Flieger so schwer verletzete, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Verailles, 14. Juli. Als heute früh in dem benachbarten Guyancourt die beiden Flieger Percin, Vater und Sohn, mit einem neuen Eindecker Versuche unternahm, stürzte dieser aus 40 Meter Höhe zur Erde. Durch Bersten des Benzinbehälters geriet der Apparat in Brand, sodaß die beiden Flieger vollständig verfohten.

Le roi s'amuse.

Man schreibt uns: Der „Vorwärts“ hat bereits über den Bericht berichtet, der auf einer Nordlandreise inszeniert wurde, um dem Kaiser über die Längeweile hinwegzuhelfen, als er sich eine Zerrung der Anklapfelbänder zugezogen hatte.

Wir haben Humor genug, um einen guten III auch dann zu verstehen, wenn er nicht gerade auf den Höhen der Menschheit wandelt. Wir bekennen sogar offen, daß wir gern zugegeben hätten, wie der Diplomat v. Riederlen-Wächter in einer Liebhaberskizze als Präzision Eulalia Weizenkorn auftrat oder wie er mittelst einer großen Zerkelatur mit einem anderen Herrn zu „flamensischen Zwillingen“ zusammengewachsen war. Wir sehen unsere feudalen Diplomaten auf der politischen Weltbühne so oft in traurigen Rollen, daß wir sie zur Abwechslung gern einmal als Possenfiguren bewundern hätten.

So sehr wir also den Spaß an sich zu schätzen wissen, so sehr glauben wir doch, daß die Umgebung des Kaisers sich in einem Artzium befand, als sie zu so drastischen Mitteln griff, um dem Monarchen die Längeweile zu vertreiben.

Bei der vielseitigen künstlerischen Veranstaltung Wilhelms II. hätten sich ohne Zweifel einfachere Auswege finden lassen.

Selbst wenn man annehmen will, daß der durch die Erkrankung verursachte körperliche Zustand weder Dichten noch Komponieren noch Entwerfen von Zeichnungen zuließ, hätte der Monarch immer noch auf die künstlerische Produktion verzichten können, um sich dafür dem literarischen Genuß zu widmen.

Es bedurfte dazu nur einer Bibliothek.

Daß aber auf der so reich ausgestatteten „Hohenzollern“ gerade eine Bibliothek fehlen sollte, vermögen wir im Hinblick auf die literarischen Reigungen des Kaisers, wie sie sich beispielsweise Josef v. Lauff gegenüber bekundet haben, in keiner Weise zu glauben.

Selbst aber, wenn man diesen ungünstigen Fall annehmen wollte, war ja immer noch Eulenburg an Bord.

Philipp Eulenburg, der die Sarxe zu schlagen versteht.

Empfehlungsbriefe ohne Ende.

Die Aussicht auf die baldige Kammerauflösung hat die Energie der italienischen Abgeordneten in bewundernswürdiger Weise beflügelt. Ein hochposteter Beamter, der seit langen Jahren das Getriebe der Ministerien kennt, hat sich den Spaß gemacht, zu berechnen, wieviel Empfehlungsbriefe und Bittbriefe die Abgeordneten in den ersten fünf Monaten dieses Jahres an die verschiedenen Minister und Unterstaatssekretäre gerichtet haben. Der Mann kommt auf die ansehnliche Zahl von 60 000 Briefen. Manche Abgeordnete haben geradezu Pakete von Empfehlungsbriefen geschickt. 15 bis 20 Briefe auf einmal.

Es handelt sich dabei darum, das feine Gewebe von Leistung und Gegenleistung, das in Italien den Abgeordneten mit seinen Wählern verknüpft, in Erwartung des neuen Wahllampfes stärker und fester zu machen. Darum empfiehlt man alle Leute des eigenen Wahlkreises, den Lehrer, der verfehlt werden will, den Bürgermeister, der einen Orden braucht, den Schlächter, der in einer Steuerfrage reklamiert, den Buchhändler, der begnadigt werden will. In diesem Briefewechsel zwischen ministeriellen Abgeordneten und Ministern ist Raum für alle: keine Form der Vermittlung und Empfehlung wird verschmäht.

Welche interessanten Einblicke in das politische Leben und die von ihm untrennbare Klientelwirtschaft würden diese 60 000 Briefe vermitteln können! Man würde aus ihnen vor allem sehen, wie hohen Wert die Herren dem Abgeordnetenmandat beimesse, da sie sich soviel biegen und schmiegen, um es zu bewahren. Gleichzeitig würde man freilich auch erfahren, wie wenig die Tätigkeit der meisten Deputierten mit Politik und politischer Ueberzeugung zu tun hat.

Kleine Notizen.

Streit mit tödlichem Ausgang. In Siegburg wurde in der Nacht zum Montag im Streit ein Mann durch Messerstiche schwer und ein anderer, Vater von acht Kindern, so schwer verletzt, daß er sofort starb. Die Körper sind gestern beherstet worden.

Selbstmord durch Ueberfahren. In der Nacht zum Sonntag lief sich der Buchhalter Max Brundel-Gleiwitz auf der Straße Larnowitz-Weuthen vom Zuge 340 bei Kilometer 185 überfahren und wurde sofort getötet.

Zusammenstoß zweier elektrischer Züge. Zwei elektrische Züge mit Ausflüglern, die nach Los Angeles (Kalifornien) zurückkehrten, nachdem sie den Tag an der See zugebracht hatten, stießen zusammen, wobei 12 Personen getötet und 50 verletzt wurden.

Der Selbstmord eines 15jährigen Mädchens ereigt in Rew-Hart großes Aufsehen. Mily Mary Martine, ein sehr hübsches Mädchen, hatte von ihren Eltern wiederholt wegen ihres Klitters mit gleichaltrigen „Jünglingen“ Verweise erhalten. Trotz eines ausdrücklichen Verbotes ließ sie sich aber weiter von ihren Anbetern die Cour machen und benutzte die Abwesenheit ihrer Mutter, vier von ihnen in die erste Villa einzuladen. Die Mutter kehrte unerwartet zurück. Es kam zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf die aufgebrachte Mutter ihre Tochter vor den Augen ihrer Anbeter verprügelte. Trotzdem schickte Mily Martine ihre Klitter fort und einige Tage später wiederholte sich die Szene, allerdings in bedeutend verhärteter Weise. Die in ihrem Ehrgefühl aufs tiefste gekränkte junge Schöne eilte weinend auf ihr Zimmer und jagte sich eine Revolverkugel in die Brust, sie wurde sterbend ins Hospital gebracht, wo sie nach wenigen Stunden verschied.

Arbeiter-Abkennenten-Bund. Ortsgruppe Berlin-West. Morgen Mittwochs, abends 8½ Uhr: Versammlung im Volkshaus Charlottenburg, Rohnenstraße 3. Vortrag des Genossen R. Mahler über „Zeitsfragen innerhalb der Arbeiterbewegung“. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen, auch von Gästen, erwünscht.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Zinsenstraße 69, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabend, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentrichtung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Schriftliche Arbeiten werden in der Sprechstunde bis einschließlich den 19. d. Mts. nicht erlobigt.

W. St. 12. 1. Hund 220 M. Der Antrag ist an das Versicherungsamt zu stellen. 2. Cino 260 M. 3. Rein. — **W. St. 99.** Unseres Erachtens ist, legen Sie Beratung ein. — **W. St. 27.** Den Betrag, den Sie durch Nichterabrechnung des Kaffees erspart haben, konnte der Mieter kürzen. 150 M. erscheint ungehörig angemessen. — **Wiedorf.** Der Eigentümer, sofern nicht Sie oder Ihre Familienangehörigen oder bei Ihnen beschäftigte Personen ein Verschulden trifft. — **W. St. 88.** 1. und 2. Rein. 3. Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung abgesehen, demgegenüber zurecht. — **W. St. 88.** Es genügt, wenn das Grundstück überschrieben wird, die Kosten betragen etwa 240 M. ausschließlich etwaiger Umlage- oder Wertzuwachssteuer. Der Betrag ermäßigt sich um etwa 80 M., sofern Sie ein Einkommen von nicht mehr als 2000 M. versteuern. — **W. St. 88.** 1. Wenn die Allmende pünktlich und in angemessener Höhe gezahlt werden, besteht kein Klagerrecht. 2. Rein, sofern die Allmende gezahlt werden. 3. 30 bis 35 Mark, sofern das Kind in Berlin geboren ist und erzogen wird. 4. Ja, verheiratete. Sie können sich an die Buchhandlung „Vorwärts“ wenden. — **W. St. Oberländerstraße 100.** Das Verbot des Amtsvorsteher ist leider begründet. Es besteht eine Polizeiverordnung

rechtsverksam. Es ist rasch, vielleicht beim Amtsvorsteher persönlich vorzusprechen. — **W. St. 76.** 1. Der Vermieter kann nicht gezwungen werden, die Räume an den Mieter zu überlassen. Es bleibt also nur eine gütliche Vereinbarung, event. die Stellung der Konktion übrig. 2. Das ist nicht zulässig. — **W. St. 100.** Fragen Sie das Zollamt beim das Warenverkehrsamt. — **W. St. 1.** Ja. — **W. St. 155.** Die Eingehung ist zulässig, sofern die Identifizierbarkeit vorliegt. Das eine Vierteljahr muß angedauert werden. — **Hamburg 23.** Wir halten die Brauerei für ersatzpflichtig. Im Falle Sie mühten Sie allerdings Ihre Behauptungen beweisen, insbesondere die Uebertragung der Rechte aus dem Versicherungsvertrag auf die Brauerei. Weiterhin kommt es u. U. darauf an, ob die Brauerei behaupten und beweisen kann, daß Sie von der Uebertragung der Rechte auf den Direktor Kenntnis erhalten haben oder nicht. Wird bewiesen, daß Sie Kenntnis erhalten haben, so würde allerdings die Restloslage für Sie ungünstig sein. — **W. St. 10.** Ja. — **Wiedorf 12.** 1. Ja, 2. Ja, wenn Sie den Gegenstand nicht veräußern lassen wollen. 3. und 4. Jezt bedeutungslos, da offenbar ein rechtskräftiger Schuldtitel vorliegt. 5. Ja, soweit Sie mehr als 28,85 M. pro Woche verdienen. — **W. St. 82.** Eine Klage hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Behauptungen durch Zeugen erwiesen werden können. Nach ihrer Darstellung erscheint dies zweifelhaft. Wir bedauern deshalb zur Erhebung der Klage nicht raten zu können. 3. und 4. Nicht zu erlangen. — **W. St. 10.** 1. Wenn Sie sich an den Feuerbestattungsverein „Die Flamme“, Ranteststraße 11. 2. Teilen Sie der Kirchenbehörde die Ermächtigung mit und verlangen Sie ebenfalls Ermächtigung auf den Jahresfuß von 3,20 M.

Marktpreise von Berlin am 12. Juli 1913. nach Ermittlungen des Königl. Viehhofamts. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,24 bis 20,30, mittel 20,12—20,18, geringe 20,00—20,06. Roggen, gute Sorte 17,00, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,50—16,50, mittel 16,10—16,40, geringe 15,70—16,00. Hafer, gute Sorte 17,40—18,90, mittel 16,50—17,30. Mais (mitz), gute Sorte 15,90—16,10. Mais (runder), gute Sorte 14,90—15,50. Nichtstrog 4,40. Neu, alt 0,00, neu 5,90—7,50.

Marktpreise von Berlin am 12. Juli 1913. 100 Kilogramm, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 35,00—40,00. Kartoffeln (Kleinbbl.), alte 0,00—00,00, neue 9,00—16,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,60—5,40. 1 Kilogramm Karbon 1,60—2,80. Male 1,60—3,30. Jander 1,40—3,60. Gedrte 1,60—2,80. Barthe 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,50. Hele 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,00—60,00.

Witterungsübersicht vom 14. Juli 1913.

Stationen	Kilometer vom Beob. ort	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C	Stationen	Kilometer vom Beob. ort	Witterung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in °C
Swinemünde	762	W	W	19	19	Habaranda	762	SW	W	18	21
Danzig	762	SO	W	18	18	Petersburg	762	W	W	18	18
Berlin	762	SW	W	21	21	St. Petersburg	762	W	W	18	18
Frankfurt a. M.	762	W	W	18	18	Wien	762	SW	W	18	18
München	762	SW	W	19	19						
Wien	762	SW	W	18	18						

Wetterprognose für Dienstag, den 15. Juli 1913.
Bleibt heiter und weitere Erwärmung bei meist schwachen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Zentralfrankenkasse der Maurer usw.

„Grundstein zur Einigkeit“.
Verwaltungsstelle
Charlottenburg.
Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rohnenstraße 3 (Stechbierhalle):
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verschiedenes. 151/5
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Die örtliche Verwaltung.

Bruchbandagen,

Leibbinden, Geradenhalter, Irrigations, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfiehlt
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lothringer Str. 60.
Eigene Werkstätte. Lieferrant für Krankenkassen. Fachgem. Bedienung.

Soeben erschienen:
Ausbildung zum Redner durch Selbstunterricht.
Von Dr. G. Seil.
Preis mit Porto nur 1,20 Mk., (Nachnahme 20 Pfg. mehr).
Um groß und frei reden zu lernen, haben Sie nicht mehr nötig, Vortragskreise für Unterrichtsstunde zu zahlen. Lesen Sie das Büchlein nach, und Sie werden bald ein perfekter Redner sein. Zu beziehen von der Buchhandlung
Otto Steiniger, Leipzig-Connewitz-A. 794.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung.

Brennlicher Kommis

Soldatengeschichten von August Winnig
Inhalt:
Zwei Beschwerden — Der Kaiserpreis —
Guten Morgen, Herr Hauptmann — Der
Pfingsturlaub — Jenseits der Menschlichkeit
— Auf Festung — Das Reservebild —
Grenadier Gimm — Finale
Preis gut gebunden 2,— Mark
Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten.
Neuerdings ist die Redaktion eines Parteiblattes
wegen Abdruck des Inhalts bestraft worden.
Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte
des Buches.



Ausbildung zum Redner durch Selbstunterricht.

Von Dr. G. Seil.
Preis mit Porto nur 1,20 Mk., (Nachnahme 20 Pfg. mehr).
Um groß und frei reden zu lernen, haben Sie nicht mehr nötig, Vortragskreise für Unterrichtsstunde zu zahlen. Lesen Sie das Büchlein nach, und Sie werden bald ein perfekter Redner sein. Zu beziehen von der Buchhandlung
Otto Steiniger, Leipzig-Connewitz-A. 794.

Die reellsten und billigsten Möbel

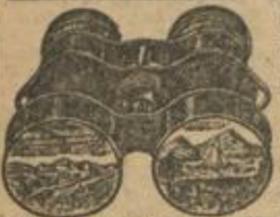
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 35 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz, Reichenberger Straße 5.** Größte Auswahl in allen Holz- und Stilarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassakonto.) Ev. auf Ratenszahlung.

Brennlicher Kommis

Soldatengeschichten von August Winnig
Inhalt:
Zwei Beschwerden — Der Kaiserpreis —
Guten Morgen, Herr Hauptmann — Der
Pfingsturlaub — Jenseits der Menschlichkeit
— Auf Festung — Das Reservebild —
Grenadier Gimm — Finale
Preis gut gebunden 2,— Mark
Die Lektüre des Buches ist den Soldaten verboten.
Neuerdings ist die Redaktion eines Parteiblattes
wegen Abdruck des Inhalts bestraft worden.
Es gibt keinen besseren Beweis für die Güte
des Buches.

Universal-Fernglas 1913

Ein billiges aber gutes Glas!



Hervorragende Lichtstärke, erzeugt durch Riesenzellen, außergewöhnlicher Qualität, zaubert Bilder von über-raschender Plastik hervor. Enorme Helligkeit, welche noch bei Dämmerung die fixierten Gegenstände, wie durch einen Reflektor beleuchtet, deutlich erkennen läßt, macht unser Modell 1913 zum besten Universalglas für Reise, Sport, Theater, Jagd etc. Zusendung erfolgt ohne jede Anzahlung.

6 Tage zur Probe mit bedingungslosem Rücksendungsrecht. Preis mit feildüchtigem Etui und zwei Umhängeriemen nur 36 Mark und 10% bei monatlichen Teilzahlungen von nur 2 Mark. Bei Nichtgefallen haben Sie nur die minimalen Portospesen zu tragen. Verlangen Sie Ansichtsendung. Postkarte genügt.

Bial & Freund, Postfach 120/570 Breslau II

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Kanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Der gesündeste Kakao

Ist derjenige, der nicht die stopfende Eigenschaft gewöhnlichen Kakao besitzt, möglichst theobrominarm ist und durch seine Zusammensetzung mehr als nur Kakao-pulver, nämlich auch direkte Blut- u. Nerven-elemente liefert.

Dr. med. Rud. Weil's

Nährsalz-Bananen-Kakao

Ist in diesem Sinne eine Spezialität und mit minderwertiger Marktware nicht zu vergleichen. Derselbe ist wohl-schmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Schwächezuständen, Unter-ernährung, Nervosität, bei Magen- und Darmkatarrh. Angenehmstes Frühstücksgetränk für Gesunde, Kranke und Kinder.

1 Paket = 1/4 Pfd. kostet nur 50 Pf.

Zu haben in sämtlichen Verkaufsstellen der

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umgegend.

Alleiniger Fabrikant: D. Hader, Berlin S. 42.



JUNO
2 Cigarette
Joseffi

Spezialarzt f. Syphilis und Harnleiden. — Ehrlich-Hata-Kuran. Blutuntersuchung. Schnelle, sichere Heilung. Mäßige Preise. 251/10 Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125, Oranienb. Tor. Spr. 8-8, Sonnt. 8-9.

Wo fängt der kleine Spreewald an? Wo baden die Mädchen so gerne? Der schönste Ausflugsort im Reiche Ist Manns Waldschloß in Schöneiche.

Konsum-Genossenschaft
von Königs-Wusterhausen u. Ug.
G. m. b. H.
Mittwoch, d. 30. Juli 1913, abends 8 Uhr.
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokal der Witwe Wedhorn, Altes Schützenhaus.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1912/13.
2. Bericht der Rechnungsprüfungs-kommission.
3. Wahl des Aufsichtsrates und Vorstandes.
4. Genossenschaftliche Angelegenheiten und Beschlüsse. 106/3
Der Vorstand.
Wilhelm Plekles, Gottlieb Naug.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl. Stück 5 Pf.

Stempelfabrik
Robert Hecht, Inh.: Alfr. Schneller
Berlin S. 42, Ritterstr. 116.
Nimmt schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

300 Mark
Kauf an verl. Verz. von 2000 M. an 10 W.-Tour elektr. Bahn. Linie 104. Hohenschönhausen, Hauptstr. 17, Tel. 11.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Garbinnen! Steppdecken! Vorhänge!
Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleiter 5 Prozent Rabatt extra! Garbinnenhand Berlin, Dade-lager Markt 4 (Bahnhof Börse), Sonntags geöffnet.

Wandbildhand Hermannplatz 6.
Spottbilliger Bilderverkauf. Bilderverkauf, Garbinnenhand, Teppich-verkauf, Goldwarenlager. Neueste-auswahl Herrens Garderobe. Sonntags-verkauf ebenfalls.

Reifenhand 9., Drumm-str. 70, im Keller. 1500/8
Teppich-Thomas, Oranienstr. 120, verkauft farbige Teppiche (Teppich-billig; Garbinnen, Steppdecken, Tisch-beden halben Preis. Vorwärtsleiter 5 Prozent Extrarabatt. 789/8

Vierjährige elegante Herrenanzüge
und Jacketts aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Damen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 31.

Klappportwagen, Rinde reichsteils zugelegt. Potsdamerstr. 61.

Antikwärfel, Jober, Ein-wannen, Badewannen, Spezialfabrik Reichsbergerstr. 47. Feiern 5 Woch.

Leibhaus Warenplatz 58a!
Lauten Sie spottbillig von Kanarienvogel wenig getragene sowie im Verkauf ge-wesene Jacketts, Kostanzüge, Kollerots, größtenteils auf Seide gearbeitet 9-18 Mark. Gelegenheits-läufe in neuer Herrens Garderobe, enorm billig. Neuesten Stoffe, Kolloms, Mantel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-30 Mark. Extralingebat in Bombarde gewesener Le-pidiv, Garbinnen, Vorhänge, Betten, Wäsche, Hüten und Goldwaren enorm billig nur Warenplatz 58a L. 194/8

Kinderswagen, Geschäftsaufgabe.
Klappwagen, Kinderbetten, spottbillig, Köhlerstr. 10. 168/8

Moderne Künftlergarbinnen,
Spottbilliger Sommer-Klammungs-berait! Neueste Auswahl! Feinste-garnitur 3,50, 4,50 bis 11,85. Scham-larbinen, Fenster 1,95, 2,75 usw.; Garbinnen etc. ebenfalls; Vergleich-garbinnen 1,75. Weiss Teppichhaus, Dresdenerstr. 6 (Rathsviertel), Abonnement 10 Prozent Rabatt.

Teppiche (Bardeweller) enorm billig. Garbinnen, Steppdecken, Tisch-bedeck. Rauerstr. 10, große Kunst-urier Str. 9, part. 2. Vorwärts-leiter sein Prozent! 60/8

Dringmaschinen und Wasch-maschinen billig, auch auf Teilzahlung. Dellmann, Gollnowstr. 26. 169/8

Zeichnend für Gartenräume
Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Benützung des häus-ligen Gartens, Gemüse- und Ob-stgärten von Max Hebbeler. Zweite-berarbeitete Auflage. Mit 137 Zeich-nungen. Preis 3,50 Mark. Expe-dition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Teppiche! (Lehrkräfte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichläufer, Brunn, Dade-lager Markt 4, Bahnhof Börse. (Leiter des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Wer's noch nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen. Arbeitslosen 1 Mark, Arbeitslosen, herb und haltbar, 1,50, Arbeitslosen 1,80, 2,40, 3 Mark, nur bei Hermann Schlegler, Lamm-str. 28.

Herrenanzüge, hochmodern, Reise-muster, spottbillige Kaufgelegenheit. Perly, Chorinerstr. 48 II, Quer-gebäude. 1538/8

Geschäftsverkäufe.
Café, Gemüße, Kolonialwaren-Geschäft zu verkaufen. Langenweg, Grenzstr. 18. 1532/8

Widrigeschäft verkauft umhän-de halber billig. Walter, Reußstr. 176 L. 197

Restaurant zum kleinen Gewerl
(Schiffbau) wegen Unglücksfall sofort billig veräußert, nur 400 M. erforder-l. Engelstr. 12. 1488/8

Möbel.
Möbel auf bequeme An- und Ab-zahlung. Großes Lager jeder Art. Möbel-Ledner: 1. Geschäft: Drumm-str. 7, 2. Geschäft: Wälderstr. 174. Sonntags 8-10 geöffnet. 850/8

Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung keine Bürgschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisreduzierung, auch Waren aller Art. Der ganze Dient laut bei uns. Kretschmann u. Co., Köppen-str. 4. (Eckelstr. Bahnhof).
Wer Möbel teils und dabei billig kaufen will! Kein Spezialgeschäft für Ein- und Zweizimmer-Einrich-tungen bietet Ihnen Vorteile. Ge-schäftsverhältnisse, auch auf gebräuchte sowie zurückgelagerte Möbel, bequeme Zahlungsweise gestattet. Kolloms, Kolloms, keine An-zahlung. Bekannte Rückzahlung bei Krankheit, Auszahlung um. Tischlermeister Gabbert, Ader-str. 54. 245/20

Möbel! Gelegenheitsläufer
Brückenstr. 8. Große Auswahl neuer gediegener Möbel zu Spott-preisen. 1512/8

Möbel! Für Brautleute günstig. Gelegenheitsläufer, bis Möbel anzufassen Mit kleiner Anzahlung gebe laien Stücke und Räte. An jedem Stück deutsche Preis. Lieberpreisung, daher ausgefallener. Bei Krankheits-fällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rückzahl. Rückzahl 30. Goldhand, Köpferstr. 28, 29. (Weisenaustr. 29) 2901/8

Blüschlöse 40,00, Chaiselänge 18,00, Trumeau 33,00, englische Bett-linien 25,00. Eigene Tapezierer-werkstatt. Walter, Stargarderstr. 18. 1903/8
Möbelhandlung Mariannen-str. 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. "Vorwärts"-Lager 3 Prozent Rabatt. 890/8

Kamerlings-Wedelbeider, Heil-beimerstr. 17, 18, 21a, Verkauf um die Ecke, Kolloms-Allee 56, enorme Auswahl, Gelegenheitsläufer, Spottpreise. Name, Hausnummer be-ziehen. 1511/8

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Preisermäßigungen in gediegener Arbeit an Stellensuchende auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglie-der um Besuch der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Jüngerstraße, Gelegenheitsläufer in gebrauchten Mö-beln. Verkaufsstelle Sch. Brunnen-str. 160, Eingang Antikamerstr. 1511/8

Wöbel - Wöbel. Dramen-str. 160 (Kollomsplatz) 58, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl 9 Stagen in 2 Fabrik-gebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 230, 335, 407, 475, 496, 537, 574, 609, 675, bis 1000, Zwei Zimmer und Küche 445, 538, 640, 690, 756, 895, 939, 1085, 1105, bis 2000, Schlafzimmer 189, 202, eckl. Tisch 343, 371, 434, Wohnzimmer, modern 215, 268, 306, 341, Speisezimmer, eckl. Tisch, 341, 414, 475, 565, Herrenzimmer 334, 424, englische Bettstelle mit Matratze 40, Trumeau, gelacktes 36, Klappstisch 58, Umbau 60, Be-fähigung ohne Anzahlung erbeten. Für Jahre Garantie. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Gedr. 8-8, Sonntags 8-10. Kein Laden-Verkauf im Fabrikgebäude. 198/8

Durch! Kollomsabläufe ist es mir möglich, teils gearbeitete Ephe-der, Herren, Schloß, Wohnzimmer zu unterbreiten niedrigen Preisen zu offerieren: Ekt eigenes Schlafzimmer, Schrank 150 teils, mit Spiegel, komplett mit Patentmatrasen 510, - für Restverkauf. Möbelstr. 19, Hirschow. Stahlstr. 25, Hoch-bahn Kollomsstr. 890/8

Möbelhandlung für billige Möbel, herrliche Rückzahlung, jeden annehmbaren Preis ver-läufig. Händler werden. Bauer, Große Franzstr. 88, eine Treppe. 117/20

Moderne Wohnungseinrichtung, alles noch neu, für jeden anneh-mbaren Preis Rosenhallerstr. 57, oben III bei Glas. 1181/8

Bilder.
Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Silber-bogdan, Weinmeisterstr. 2. 224/8

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen, größte Auswahl, billigste Preise. Vöhringer-str. 40. Jülicher: Steglitz, Schloß-str. 116. Wilmersdorf, Lands-tr. 100. Charlottenburg, Kant-str. 67. 1903/8

Erstklassige Fahrräder, Monats-rate 10 Mark. Louis Barth, Brücken-str. 10a, I. Etage. 798/8

Teilzahlungen. Fahrradhaus In-valdenstr. 20, Wilhelmshagenstr. 73 (Schloß Lammstr.). Vorwärtsleiter fünf Prozent Rabatt.
Motorrad (Original), wie neu, neu, 30,00. Schradler, Weberstr. 42.

Fahrräder, Nähmaschinen, Pianos, Möbel, höchstbeliebend, Leibhaus Schwedterstr. 11. 251/11

Fahrradvertrieb „Groß-Berlin“, teils und billige Bezugswerte, Re-paraturen gewissenhaft und schnell-stens Neue Schönhauserstr. 9, Brunnenstr. 145, Bahstr. 9, Wälder-str. 12, Lammstr. 25, Charlotten-burg, Spandauerberg 29.

Musikinstrumente.
Antiquaritäten, Mobil gebaut, herborragend langweiliger Ton, wenig gebraucht, veräußert. J. Ranke u. Co. Potsdamer Str. 31. 207/12

Pianos, Harmoniums, Klänge
jeder Beschläge, gebrauchte 120,00 an, Teilzahlung. Scherer, Chaussee-str. 105. 534/8

Phonograph, 26 Doppelplatten, verkauft billig. Seidemann, Kaiser-Friedrichstr. 21. 197

Kaufgesuche.
Zahngebisse, Goldschalen, Silber-schalen, Platinabfälle, sämtliche Details höchstbeliebend. Schmelzerei Christian, Köpenickerstr. 20 a (gegenüber Rammelsfeldstr.). 111/1

Goldschmelze kauft Silber, Platin-abfälle, Zahngebisse, Dued Silber, Stanniol, alle Details, höchstbeliebend. Witze Marie Ripper. Nur Köpenicker-str. 107. 479/8

Platinabfälle, Gramm 5,70, All-gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Dued Silber kauft höchstbeliebend. Platin, Schmelzerei, Auguststr. 19 III. 1455/8

Zahngebisse, Platinabfälle, Gold-einbaut, Silber, Dued Silber, Stanniol höchstbeliebend. Schmelzerei Müller, Followstr. 10. 1455/8

Mitmetall, Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Stanniol usw. höchstbeliebend, Billig Eohn, Drummstr. 33. 1481/8

Zahngebisse, Zahn bis 1,30, Platin-abfälle 5,75, Goldschalen, Silber-schalen, Dued Silber, Stanniolpapier, Zinn 3,50, Kupfer 1,24, alle Details höchstbeliebend. Edelmetall-Unter-lager, Wälderstr. 31. 894/8

zweiter Parteisekretär
gesucht. Derselbe muß in der Organisation und Agitation erfahren, rednerisch beläufig und imstande sein, den ersten Sekretär bei längerer Ab-wesenheit selbständig zu vertreten. Anstellungsbedingungen nach den Bestimmungen des Vereins Arbeiterpresse. Bisherige Anstellungszeit wird angerechnet.
Bewerbungen sind bis zum 31. Juli zu richten an
287/7
Karl Haberland, Silberfeld, Oberstr. 8a.

Zahngebisse, Gold, Silber, Treppen, Platin kauft höchstbeliebend. Brunnenstr. 2, Rosenhaller Tor. 698/8

Unterricht.
Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Kurs, wird englischer Unterricht erteilt. Kurs werden Übersetzungen ange-ferligt. G. Swienty, Liebnicht-Charlottenburg, Stuttgarterstr. 9 (Gartenhaus III). 448/8

Chausseur-Ausbildung erhaltlich und preisgünstig. Verschiedene 4-Polster-Systeme. Honorar 100 M., auch Abendkurse. Kostenlos Empfeh-lung. Große Reparaturwerkstatt, Köpenickerstr. 116. 781/8

Vatentanwalt Müller, Göttinger-str. 81. 2480/8
Vatentanwalt Segel, Göttinger-str. 94a. 2399/8

Kunstkopiererei Große Franzstr. 67. 2399/8
Treppe, Ludwig, Viktoriagarten täglich Konzert. Mittwoch-Rinderfest und Ball. Sonnabende frei. 778/8

Nehme die mir zur Last gelegte
Kündigung gegen Frau Krugler, Gorn-amstr. 21, zurück. Fr. Bohn, Lothringersstr. 41. 1537/8

Grundkapital einfließen. Abzu-gaben Hoffmann, Köpenicker-str. 56. 783

Kollomsleiche, Frau Kolloms,
Kolloms, Grünauer Str. 45, möcht ich (Kolloms), lauter. Kolloms, Kollomsleiche, vier Handlanger 0,10. Rein Verkaufer. Kolloms, Donnerstags. 1533/8

Teilzahlung, Anfertigung ein-gantier Herrens Garderobe. Kolloms, Dragonerstr. 27. 218/13

Vermietungen.
Sonnenburg erstr. 27. Vorder-wohnungen, 2, 1 Zimmer, Balkon, 1494/8
Zubehör.

Achtung! Holzarbeiter.
Wegen Streit über Lohn-differenzen sind folgende: Bauhilfsverein Gehr. Raabe, Wilmersdorf 31.
Der Berliner Arbeitstüchtigen-vereinsverwaltung d. gelben Arbeitstüchtigenverbandes. Arbeitstüchtigen d. Stellmacher-innung und der Wagenfabri-kanten, Kaiser-Frang-Gemadler-Weg.
Zugung ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes

Einsichtnahme in die Wählerlisten.

Anfang November finden in Berlin die Ergänzungswahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt.

Die Wählerlisten liegen in der Zeit vom 15. bis 31. Juli zur Einsichtnahme aus, und zwar an fünf Stellen. Die Stellen sind aus folgender Uebersicht ersichtlich:

Gemeindevahlbezirke 1 bis 8, Stadtbezirke 1 bis 780, 118, 120 und 210 bis 217. Vogelberger Str. 84 (Zurnhalle). Von der III. Abteilung kommen 1913 zur Wahl: 7. Wahlbez. (Stadtbezirke 66A und B, 70 bis 75B), 8. Wahlbez. (Stadtbezirke 76A bis 780).

Gemeindevahlbezirke 9 bis 14, Stadtbezirke 79 bis 117, 119 und 121 bis 144. Waldemarstr. 77 (Zurnhalle). Von der III. Abteilung kommt 1913 der 9. Wahlbez. (Stadtbezirke 78 bis 81 und 84 bis 92) zur Wahl.

Gemeindevahlbezirke 15 bis 25, Stadtbezirke 145 bis 201. Strausberger Str. 9 (Zurnhalle). Von der III. Abteilung kommen 1913 zur Wahl: 16. Wahlbez. (Stadtbezirke 164 bis 166 und 168 bis 175A), 22. Wahlbez. (Stadtbezirke 183, 185 bis 181, 189A, B und E).

Gemeindevahlbezirke 26 bis 35, Stadtbezirke 202 bis 209, 218 bis 251E, 258 bis 267, 276 bis 278 und 321. Oberberger Str. 57 (Zurnhalle). Von der III. Abteilung kommen 1913 zur Wahl: 26. Wahlbez. (Stadtbezirke 202 bis 209, 218 bis 222, 225 und 226), 27. Wahlbez. (Stadtbezirke 223, 224, 227 bis 236), 29. Wahlbez. (Stadtbezirke 242A und C, 247A bis 247E), 30. Wahlbez. (Stadtbezirke 246A, B und D, 248A bis 248D), 31. Wahlbez. (Stadtbezirke 249A bis 249F), 32. Wahlbez. (Stadtbezirke 249C, 250A bis B), 38. Wahlbez. (Stadtbezirke 264A, 264C bis E und 321).

Gemeindevahlbezirke 36 bis 48, Stadtbezirke 255 bis 257, 268 bis 275, 270 bis 320C und 322 bis 326D. Rabenstraße 12 (Zurnhalle). Von der III. Abteilung kommen 1913 zur Wahl: 37. Wahlbez. (Stadtbezirke 273, 275, 300 bis 304), 38. Wahlbez. (Stadtbezirke 279 bis 287C), 41. Wahlbez. (Stadtbezirke 293B und D, 295 bis 299), 44. Wahlbez. (Stadtbezirke 320B, 322, 323A bis 324).

Während obiger Auslegezeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen schriftlich oder in den vorstehend aufgeführten fünf Auslegestellen protokolllarisch erheben; später eingehende Einwendungen werden nicht berücksichtigt.

Wir bemerken hierzu, daß im November nur wählen kann, wer in der Liste verzeichnet steht. Es dürfte gut sein, wenn auch diejenigen Einsicht in die Liste nehmen, die in Bezirken wohnen, in denen in diesem Jahre eine Wahl nicht stattfindet. Die Listen gelten auf ein Jahr und es kann leicht kommen, daß infolge Tod oder durch andere Umstände eine Nachwahl in einzelnen Bezirken stattfinden muß. Demutlich also jeder Wähler die kommenden Tage, um sich unter allen Umständen sein Wahlrecht zur Gemeinde zu sichern.

Dennenburg. Die Wählerlisten zur Einsichtnahme aller wahlberechtigten Einwohner unserer Stadt werden zu den bevorstehenden Stadtverordneten- und Ergänzungswahlen, welche im November dieses Jahres vorgenommen werden, in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli, d. h. vom Dienstag nächster Woche ab im Rathaus II hierseits, Berliner Straße 72, ausgelegt. Die verschiedenen Vorkommnisse bei der Landtagswahl haben gezeigt, wie notwendig es ist, daß sich jeder Wahlberechtigte davon überzeuge, ob er auch in der Liste aufgeführt ist. Selbst Personen, welche schon drei- und viermal ihr Wahlrecht ausüben konnten, unbeschadet darum, ob sie eingesehen hatten, und nun der Meinung waren, daß sie auch diesmal bestimmt in der Liste stehen, mußten zurückgewiesen werden, da sie nicht in der Liste standen, aber auch vorher aus oben erwähnten Gründen keine Einsicht genommen hatten. Solche Fälle wiederholten sich jedesmal, auch bei der Stadtverordnetenwahl. Es sind diesmal 10 Neu- und 2 Ergänzungswahlen vorzunehmen. Deshalb tue ein jeder bei Zeiten seine Pflicht!

Berna. Vom 15. bis 30. Juli d. J. liegen im Rathaus, Zimmer 2, während den Dienststunden die Gemeinewählerlisten aus. Veräume niemand durch Einsichtnahme sein Wahlrecht zu sichern.

Partei-Angelegenheiten.

Viertes Wahlkreis. Die Frauen und Kinder der 14. Abteilung unternehmen morgen Mittwoch einen Ausflug, verbunden mit Kaffeelocher, nach Ludwigs Viktoriengarten, Krestow, am Treptower Park. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr am Bahnhof Jannowitzbrücke. Fahrpreis 10 Pf.

Fünfter Wahlkreis, Abteilung 1b (am Bahnhof Weißensee). Der Kinderausflug findet am Donnerstag, den 17. Juli statt. Treffpunkt vormittags 9 Uhr. Ede Carmen-Str. und Raugarder Straße. Abmarsch pünktlich 9 1/2 Uhr.

Reuthe. Heute abend findet im Etablissement Feldschlößchen, Eichenstr. 75, die Versammlung des 8. Bezirks statt. Tagesordnung: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Gustav Bauer über: Die neugegründete Volksfürsorge und ihre Bedeutung. Neuwahl der Bezirkskommissionäre.

Niederlehmannen-Nordend. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich jetzt an beim Genossen Kieger, Eichenstr. 3 II. Bücherausgabe findet statt jeden Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr. Der Bildungsausschuß.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Sommerfest.

Wenn ich ein Sommerfest der Wahlvereine oder der Arbeiterjünger besuche und wenn vom Konzertpodium her die Gesangschöre Uthmanns „Sturm“ in machtvollen Klängen ertönen lassen, gewissermaßen das Brausen einer neuen Zeit ankündigend, so habe ich immer den Wunsch, noch größere Massen beisammen zu sehen, die von der Begeisterung erfasst werden, welche dieses Sturm- und Dranglied unüberwindlich ausübt. So erging es mir auch am Sonntag in Weißensee, wo der Wahlverein des sechsten Kreises sein Sommerfest abhielt. Ungezählte Tausende mit Kind und Kegel hatten bei dem prächtigen Wetter eine kleine Landpartie nach dem Niesental gemacht, um hier, jeder auf seine Art, an dem Arbeiterfest teilzunehmen. Durch die gegen früher vermehrte Sitzgelegenheit konnte jeder Besucher sich einen guten Platz aussuchen bis auf die Späterkommenden, die mit weniger günstigen Plätzen vorlieb nehmen mußten. Konzertorchester und Jeltorchester sorgten für Ohr und Auge. Sänger, Athleten und Turner zeigten, was sie konnten und brachten

jedem etwas. Die Massen, die sich am See niederließen und von den Konzerten nur von fern etwas hörten, waren insofern wieder im Vorteil, indem sie den Klängen der Schwimmer und dem Feuerwerk besser ihre Aufmerksamkeit schenken konnten. Auf der großen Wiese widmeten sich Mitglieder von „Nichte“ dem Spiel und der Unterhaltung der Kinder. Weibliche Mitglieder hatten sich der Mädchen angenommen, während männliche die Jungen unter sich hatten. Mit einer rührenden Sorgfalt und gutem Humor und mit Sachkenntnis entledigten sich die Herren und Damen ihrer Aufgabe und man hätte nur wünschen können, daß die Beteiligung der Kinder noch größer gewesen wäre. Offenbar war den Eltern diese Spielgelegenheit nicht genügend bekannt.

Eine musterhafte Disziplin herrschte an der Kaffeeküche. Diese Kaffeeküche war in früheren Jahren das Schmerzenskind der Sommerfestbesucher und Veranstalter. Das Drängen und Schieben an der Kaffeeküche war früher manchmal recht gefährlich und Verbrühungen und Beschmutzen der Kleider kamen öfter vor und mancher Arbeiterfrau ist dadurch der Besuch des Sommerfestes verleidet worden. Die vor zwei Jahren neu-erbaute Kaffeeküche gestattet das Herantreten nur von einer Seite und zwar naheinander, so daß sich jetzt das Kaffeekochen schneller und ohne Störung abwickeln kann. Während Mütter mit ihrem in grauer, blauer, roter oder gelber Tüte befindlichen gemahlten Kaffee sich an den Schalter begibt und den Kaffee sich durch mehr oder minder heißes Wasser aufbrühen läßt, wobei man manchmal nicht genau weiß, ob man wirklich seinen richtigen Kaffee wiederbekommt, suchen große oder kleine Töchter und Söhne aus den großen Körben die erforderliche Anzahl Laffen heraus, welche die Familie gebraucht. Der größeren Tochter fällt in der Regel noch die Aufgabe zu, die Laffen erst noch zu reinigen — in Ermangelung von Wasser kein leichtes Geschäft; ein großes Tuch ist das Ab- und Austrockentuch für alle und für alles. Eine Annehmlichkeit für Frauen war das Kaffeekochen, oder besser gesagt das Aufbrühen, am Sonntag gerade nicht, denn mit einer unbegrenzten Ausdauer hüllte der aus dem Schornstein der Kaffeeküche strömende dicke Qualm die Kaffeekocher und die diesem Schauspiel zusehenden Besucher dicht und atembeklemmend ein. Aber das tat der Stimmung keinen großen Eintrag.

Einen großen Uebelstand in den großen Sommerlokalen bilden die unzulänglichen Toilettenverhältnisse, unter denen vor allem die Frauen sehr zu leiden haben. Wir wollen nicht reden von den Trinkgeldern, die von den Toilettenbenutzerinnen erhoben werden und einer erheblichen Ausbeutung des Publikums gleichkommen — diese können vielleicht durch geeignete Abmachungen mit dem Wirt oder dem Toilettenpächter im Interesse des Publikums befriedigend geregelt werden — unsere Kritik richtet sich gegen die ganze Verfassung, dieser Toiletten in den Sommerlokalen. Schmutzig und unzulänglich sind sie fast durchweg, was bei einem Massenbesuch besonders traurig in Erscheinung tritt. Diese Toiletten in den Sommerlokalen sind bis auf wenige Ausnahmen geradezu Schweinefälle und eine Aenderung tut hier dringend not.

Von dem Staub, der sich bei großen Volksfesten entwickelt, wollen wir gar nicht allzuviel Aufhebens machen, es muß zugegeben werden, daß am Sonntag wiederholt gepregelt wurde, um Staubentwicklung möglichst zu verhüten.

Alles in allem: Hat so ein Sommerfest auch manches an sich, was dem oder jenem nicht behagt, im großen und ganzen wird bei recht geringem Eintrittsgeld jedem Besucher etwas geboten, unserer Sache manche Einnahme zugeführt und Gelegenheit geschaffen, mit Freunden und Bekannten, mit denen man sonst im politischen Kampfe zusammensteht, auch einmal gefellig zusammenzutreffen und ein Wort auszutauschen. Und darin scheint uns der Hauptwert der Sommerfeste zu liegen!

Armenmilch.

Die Berliner Armenverwaltung hat beschlossen, die Versorgung der Armen mit der von den städtischen Gältern gewonnenen Milch zu versuchen, weil die genaue Untersuchung der für die Stadtarmen seither zur Verfügung gelangten Milch ein sehr wenig günstiges Ergebnis gezeigt habe: von 192 entnommenen Proben seien nur 68 als einwandfrei befunden worden, während die anderen, was Fettgehalt und besonders Sauberkeit der Milch anbetraf, zu Beanstandungen Veranlassung gegeben hätten. Die Berliner Milchhändler wehren sich lebhaft gegen den Beschluß der Armenverwaltung. Sie geben vor, weniger gegen die Versorgung der Armen mit Milch aus städtischen Gältern zu haben, als entrüstet über die Begründung des Beschlusses der Armenverwaltung zu sein. Die Milchhändler behaupten, sie lieferten wöchentlich 50 000 Liter Milch für die Zentralkommission der Krankenassen und trotz schärfster Kontrolle seien Beanstandungen gegen die gelieferte Milch bisher nicht erhoben worden.

Diese Haltung der Milchhändler ist taktisch nicht unklug; sie wissen, daß die Berliner Arbeiter sehr empfindlich gegen Unverschämtheiten sind, die darin liegen, daß man das schlechteste Zeug den Armen gibt, sich aber dafür von der Stadt den guten Preis bezahlen läßt. Leider sind aber die durch das städtische Untersuchungsamt festgestellten Ergebnisse vorhanden.

Die Schulverschümmisstrafen

haben sich in Berlin schon eine Reihe von Jahren hindurch andauernd vermindert. Auch im Etatjahr 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913), über das jetzt die „städtische Polizeiverwaltung“ ihren Bericht erstattet hat, ist eine weitere Verminderung eingetreten. Diesmal wurden gegen Eltern usw. nur noch 2104 Strafen verhängt, so daß — bei einer Gesamtzahl von 224 187 Gemeindeverschümmisstrafen — auf je 1000 Kinder nur noch etwa neun Straffälle kamen, gegenüber etwa 13, 15, 16, 22, 44 Straffällen pro 1000 Kinder in den fünf vorhergehenden Etatjahren 1911 zurück bis 1907. In 1912 wurden aus 1911 als noch unerledigt 520 Fälle übernommen, wodurch die Zahl der zu bearbeitenden Sachen sich auf 2024 stellte. Erledigt wurden 2345 Sachen, und zwar 1870 durch Zahlung der Geldstrafen, 178 durch Verbüßung der Haft an Stelle der nicht bezahlten Geldstrafen, ferner 175 durch Jurisdiktion der Verfügung, 63 durch Einstellung des Verfahrens, schließlich 59 durch gerichtliche Entscheidung, von diesen 33 durch Verurteilung und 21 durch Freisprechung.

Die bedeutende Minderung der Strafverfügungen erklärt sich daraus, daß in neuerer Zeit endlich eine einsichtigere Beurteilung der Schulverschümmisstrafen zum Durchbruch gekommen ist. Aus dem neuesten Bericht erfahren wir zum ersten Male, wieviel Schulverschümmisstrafen überhaupt als unentschuldigbar gemeldet worden waren. Für 1912 waren es 9229 Fälle, wobei noch zu beachten ist, daß ein Fall häufig mehrere Verschümmisanzeigen umfaßt. Aus diesen 9229 Fällen wurden, wie oben schon angegeben, nur 2104 Fälle herausgefunden, bei denen eine Strafverfügung ratifiziert wurde. Gegenüber den übrigen 7125 Fällen wurde oft eine Verwarnung der verantwortlichen Personen als ausreichend angesehen, oder es wurde beim Verjagen aller anderen Mittel die Zwangszuführung der säumigen Schümmisstrafen angeordnet. Diese letztere Maßregel hatte bisher ihr Bedenkliches, weil zu diesem Zweck der Schuldiener mit der Zwangszuführung zu betrauen ist. Der Bericht nennt noch eine Reihe anderer Maßregeln und erklärt besonders aus ihnen die Minderung der Strafverfügungen. Er hebt hervor, der Rückgang liege jedenfalls zum Teil daran, daß in einer Anzahl von Fällen anbauender Schulverschümmis, die in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Familie begründet oder aufschädigende bzw. nicht-erzieherische Einflüsse der Angehörigen oder krankhafte Anlagen der Schüler selbst zurückzuführen waren, auf andere Weise als durch Bestrafung der verantwortlichen Personen diesem Uebelstand entgegenzutreten versucht wurde. In sehr vielen Fällen hat man die Armenverwaltung und die Reichsdeputation aufgesucht, helfend einzugreifen. Mehrfach ist auch beim Vormundschaftsgericht beantragt worden, Maßnahmen auf Grund des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu treffen oder gar Fürsorgezucht anzuordnen. Es ist zu wünschen, daß künftig in dem Bericht die genaue Zahl auch dieser Fälle mitgeteilt würde. Sehr nötig scheint uns das besonders gegenüber den Anträgen auf Fürsorgezucht. Nicht einmal, sondern zehnmal sollte man sich's überlegen, ehe man sich entschließt, Fürsorgezucht herbeizuführen.

„Die Schiffbrüchigen.“

Es wird hierdurch mitgeteilt, daß die Karten für die Sonntagnachmittagsvorstellung bereits vergriffen sind.

Ferner machen wir bekannt, daß wir auch die Vorstellung des Theaterstückes im Deutschen Theater am Montag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, belegt haben. Der Platz kostet 0,90 M., Galeriesitze werden für 0,60 M. abgegeben.

Der Verkauf der Karten beginnt am Donnerstag, den 17. d. M. in folgenden Verkaufsstellen:

- NW, Oldenburger Str. 10, Baerich, Restauration. N, Brunnenstr. 145, Diesel, Restauration. O, Stralauer Platz 1/2, Bureau des 4. Wahlkreises, von 9-1 und von 4-7 Uhr. SO, Engelstr. 15, Horch, Zigarrengeschäft. SW, Lindenstr. 2 im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und im Jugendsekretariat, Hof 1 Treppe rechts, von 9-5 Uhr.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Brüderie im Universitätsaal.

Zimperlicher als die Frauen sind manche Männer, wenn sie Fragen des Geschlechtslebens vor Frauen erörtern sollen. Auch Männer der Wissenschaft machen sich dabei noch allerlei Gedanken, die den unter der Jubelstimmung stehenden Frauen wahrscheinlich ganz fern liegen. In den Hörsälen der Universitäten kommt es mitunter noch zu frauenfeindlichen Kundgebungen, weil dem Herrn Professor oder einzelnen seiner männlichen Zuhörer die Anwesenheit von Studentinnen peinlich ist. An der Universität Berlin gab es in der letzten Woche bei einem Juristen, dem außerordentlichen Professor Dr. J. Goldschmidt, einen heiteren Zwischenfall dieser Art. Professor Goldschmidt hat in seinem Kolleg über Strafrecht unter seinen Hörern auch drei Studentinnen. Als diese zufällig an einem Tage sämtlich zu Beginn der Vorlesung fehlten, sagte Goldschmidt, er werde mit Rücksicht auf die Abwesenheit dieser drei Damen heute außer der Reihe die Sittlichkeitsbergehen behandeln. Ihm dankte die Mehrheit seiner Hörer mit härmlichem Weisheitsgetrampel, das sicherlich nicht als ein Kompliment für die Frauen gedacht war. Raum aber hatte Goldschmidt begonnen, über seinen Gegenstand zu sprechen, da öffnete sich die Tür und in ihr zeigte sich — eine der drei vermissten Studentinnen. Die ahnungslose Redigiererin wurde, gewiß zu ihrer nicht geringen Ueberbahrung, bemitleidet mit einem aus der Reihe erheben, noch härmlicheren Getrampel. Was es von der Partei der Frauenfreunde aus, die auf die vorherige frauenfeindliche Kundgebung antworten wollte? Oder war es nur der Ausdruck des allseits empfundenen Vergnügens an dem Erheiternden der Situation? Professor Goldschmidt unterbrach sich, bis der Weisheitssturm verhaucht war, und fuhr dann fort in dem begonnenen Vortrag über Sittlichkeitsbergehen. Die einzige Studentin, die ihn mithörte, ist selber die Tochter eines Professors der Jurisprudenz.

Der Pleitegeier.

Am Kurfürstendamm liegt ein hoheliegendes Hotel. Es trägt den Namen: „Boardinghouse“. Auf das eleganteste mit allem erdenklichen Komfort und jeden möglichen Luxus ist es eingerichtet, aber die Kunden, auf die man häufig rechnete, fliehen aus, kamen auch nicht trotz des exquisiten Namens. Die 600 Zimmer bleiben zum größten Teile leer. Jetzt schwebt der Pleitegeier über „Boardinghouse“, obwohl es in letzter Zeit zum Hotel „Cumberland“ umgetauft wurde. Die saule Gründung war ein Terrainspekulationsprojekt, genau so, wie es verschiedene Theatergründungen waren. Wird der Konkurs verhängt, so machen verschiedene Leute ein schönes Geschäft, während Bauhandwerker und Lieferanten mit etwa 3 Millionen Mark Pech schnappen werden. Eine solche Pleite läßt man sich gefallen, die lohnt noch!

Die Motorbootverbindung zwischen Rahnsdorf und Friedrichshagen, die seit Anfang des Sommers von der Gemeinde Rahnsdorf unterhalten wird, hat sich besonders an schönen Tagen eines derartigen Zuspruchs zu erfreuen gehabt, daß die vorhandenen sechs Motorboote oft nicht genügten. Die Gemeindevertretung ist sich deshalb in ihrer letzten Sitzung bereits dahin schlüssig geworden, den Fahrbetrieb mit der Zeit größer auszugestalten. Augenblicklich ist ein direkter Motorbootverkehr zwischen Friedrichshagen und Dorf Rahnsdorf eingerichtet. Die Fahrbote fahren von Dorf Rahnsdorf ab, legen in Neu-Deigoland, Müggelhorn, Müggelwerder, Müggelseestrand-Restaurant, Freibad (Schiffbrücke) an und schließen ihre Fahrt in Friedrichshagen (Bellevue), um dann die Fahrt zurück zu machen. Der Betrieb ist zurzeit wochentags ein halbtäglicher, an den Sonntagen ein vierteltäglicher und erstreckt sich auf die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 11 1/2 Uhr abends. Die Fahrpreise schwanken zwischen 10 bis 30 Pf. für Erwachsene, Kinder die Hälfte. Geplant ist die baldige Ausdehnung des Verkehrs bis Plessenwinkel.

Eine „schwarze Liste“ der Sommergäste ist in Sicht. Die Idee geht von verschiedenen ländlichen Verschönerungsvereinen aus, deren Mitglieder ja zum großen Teil aus dem Bereich von Sommerwohnungen einen Nebenverdienst machen. Die Erfahrung soll gelehrt

haben, daß auch zu den Sommergästen genau so faule Zahler und unruhige Mieter gehören, wie es solche unangenehme Zeitgenossen in der Großstadt gibt. Die Vermieter auf dem Lande sind dann gewöhnlich nicht im Vorteil, weil schriftliche Verträge nirgends abgeschlossen werden, vielmehr alles auf Treu und Glauben geht. Da wird beispielsweise Stube und Küche vermietet, in die dann unermüdet gleich mehrere verwandte Familien mit einer ganzen Kinder-schar einziehen, oder die Sommergäste sind so rücksichtslos, daß Haus, Hof und Garten leiden. Reife Rücksicht könnten ja viele Sommergäste ganz gewiß walten lassen, aber mit den „Schwarzen Listen“ wird das nicht ausgerottet. Ihre beabsichtigte Anwendung wäre keine Verschönerung der Verschönerungsvereine und könnte leicht zu einem für die betreffenden Ortschaften sehr empfindlichen Gegenstoß führen.

Selbstmord aus Furcht vor Erblindung.

An der Schwelle des Grabes Hand an sich gelegt hat gestern nachmittags die 73 Jahre alte Witwe Auguste Krause, geborene Bartek, aus der Zwinglstr. 9. Die alte Frau wohnte seit dem Tode ihres Mannes, der Maschinenist war und vor drei Jahren verstarb, bei dem Ehepaar Meyer im zweiten Stock des Luergelgebäudes, von dem sie ein Zimmer abgemietet hatte. In der letzten Zeit wurde das Augenlicht der Greisin immer schwächer, so daß sie zuletzt fast gar nicht mehr sehen konnte. Die Furcht, ihre letzten Tage völlig erblindet zubringen zu müssen, trieb sie zur Verzweiflung. Als gestern nachmittags die Wirtsleute einen Spaziergang machten, schrie sie auf einen Zettel, daß sie freiwillig aus dem Leben scheide, löste dann den Schlauch des Gaslochers, steckte ihn in den Mund und vergiftete sich so mit Leuchtgas. Abends gegen 9 Uhr fanden die Wirtsleute ihre alte Mieterin tot in der Küche liegen. Sie riefen noch die Feuerwehr herbei, die mit einem Sauerstoffapparat auch noch Wiederbelebungsversuche anstellte, die jedoch ohne Erfolg blieben. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Beim Glase Bier vom Tode überrascht wurde gestern nachmittags der 70 Jahre alte frühere Lokomotivführer Gottlieb Scharow aus der Birkenstr. 55. Der alte Mann, der seit dem Tode seiner Frau als Pensionär lebte, suchte gegen 3 Uhr ein Schanklokal im Hause Quigowstr. 60/70 auf. Als er hier am Tische bei einem Glase Bier saß, wurde ihm, noch ehe er davon getrunken hatte, sehr schlecht. Wenige Augenblicke später ließ er den Kopf nach hinten über fallen und war tot. Ein Arzt, den der Wirt herbeiholte, stellte fest, daß wahrscheinlich ein Herzschlag dem Leben des Greises plötzlich ein Ende bereitet habe. Zur bestimmten Feststellung der Todesursache wurde die Leiche von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Kreditüberschreitungen in Höhe von ungefähr 300 000 M. haben, genau wie bei der Diskontogesellschaft, vor drei Wochen sich mehrere Beamte des A. Schaaffhausenschen Bankvereins zuschulden kommen lassen. Es handelt sich um die früheren Vorsteher und einen Buchhalter der Depositenkasse am Stuttgarter Platz 13 des Bankvereins, die gleich nach Aufdeckung der Unregelmäßigkeiten, die schon im April d. J. erfolgte, zur Entlassung kamen. Von dieser Feststellung hat der Schaaffhausensche Bankverein erst gestern mittag durch Verteilung von Mitteilungen obigen Inhalts an der Börse der Öffentlichkeit Kenntnis gegeben. Inzwischen ist die Bank bereits mit Verwandten des ungeliebten Kunden in Verbindung getreten und sie hofft, daß sie von dieser Seite den größten Teil des Geldes wiedererlangt, so daß, wie es in der offiziellen Darstellung auch heißt, den Bankverein ein nennenswerter Ausfall nicht trifft.

Das Schwindelmanöver bei der Reichsbank, durch das diese, wie berichtet, um etwa 60 000 Mark geschädigt worden ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden. Die Kriminalpolizei verfolgte anscheinend eine falsche Spur. Wie wir hören, ist der unter dem Verdacht der Scheidung vor einiger Zeit in Haft genommene Hilfsarbeiter Paul Bege aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Jetzt wird eine neue Spur verfolgt.

Beim Auffpringen auf einen fahrenden Straßenbahnzug ist am gestrigen Montag nachmittags der Schlosser Werner Braun schwerverletzt. Er verlor, gegen 1/5 Uhr vor dem Hause Müllerstr. 163 auf den Motorwagen eines Straßenbahnzuges der Linie 29 während der Fahrt aufzuspringen. Er glitt jedoch vom Trittbrett ab, fiel und geriet unter den Schuttrahmen des Beiwagens. Der Schlosser erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes, sowie Quetschungen am Unterschenkel und Hautabschürfungen. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Lindower Straße Rotverbände und wurde von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus geschafft werden.

Unter dem dringenden Verdacht, sich an Kindern vergangen zu haben, ist gestern der Papierwarenhändler Fritz L. durch die Schöneberger Kriminalpolizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Auf uniformierte Schutzmänner hatte es eine gefährliche Gaunerin abgesehen, die von einem betrogenen Beamten wiedererkannt und festgenommen wurde. Es handelt sich um eine 29 Jahre alte uneheliche Sophie von der Heide, die auch eine Reihe Warenhaus- und Taschendiebstähle auf dem Herdholz hat. Die Schwindlerin hatte zuletzt die Dreifaltigkeit, Schmalze als ihre Opfer zu wählen, indem sie an deren Gütmütigkeit appellierte. Sie sprach die im Dienst befindlichen Beamten auf der Straße an und erzählte ihnen, daß sie ihre Tasche mit Portemonnaie und Geld irgendwo liegen gelassen habe. Sie beabsichtigte nun ihren Eitern telegraphisch mitzuteilen, daß sie nicht nach Hause kommen könne. Auf der Post habe sich der Schalterbeamte aber geweigert, das Telegramm per Rücksache anzunehmen. Ihre bleibe deshalb nichts anderes übrig, als sich an einen Schutzmännchen zu wenden. In acht Fällen gelang es ihr auch, von den Beamten Geld zu erhalten. Gestern wurde sie von einem Betrogenen erkannt und festgenommen.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hat mit dem 30. Juni ihr 14. Geschäftsjahr beendet. Wie sie uns mitteilt, beträgt der in den Verkaufsstellen erzielte Jahresumsatz 14 987 277,42 M. Die Steigerung gegen das Vorjahr beträgt 42,19 Proz. Berlin hat sich in den letzten Jahren ganz bedeutend entwickelt, und daraus resultieren auch die gewaltigen Umsatzsteigerungen. Die Mitgliederzahl ist auf 80 649 gestiegen. Am Schlusse des vorigen Jahres waren es 56 000.

Blüthnerkonzerte.

Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Berliner Wollbräuererei, Fiedrichstr. 2/3, das 18. Vollsinfoniekonzert des Blüthner-Orchesters statt.
Am Freitagabend 8 1/2 Uhr konzertiert das Orchester in der Bräuererei Friedrichshain. Eintrittskarten 30 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Sonntag gegen 1/2 Uhr nachmittags in Schöneberg ereignet. Als der 34-jährige Artist Edmund Franck aus der Frobenstr. 9 den Fahrweg der Hauptstraße an der Klagenstraße überschreiten wollte, wurde er von einem Automobil angefahren. Er erlitt eine schwere Verletzung des Rückgrats und eine klaffende Kopfwunde. Der Verunglückte erhielt auf der Unfallstation in der Vordergitarze Rotverbände und wurde von dort in betäubungslosen Zustände nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus geschafft werden.

Neußölln.

Jugendheim. Dienstag, den 15. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Barthold's Resthale, Hermannstr. 49 (großer Saal): General-Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

beraumung der Vereinigung Jugendheim Neußölln. Tagesordnung: 1. Verwaltungsbericht vom letzten Geschäftsjahr. 2. Aufstellung des Voranschlags für das Jahr 1913/14. 3. Wahlen: a) Vorstand; b) Revisoren; c) Verwaltungsrat. 4. Verschiedenes. Mitgliedskarte legitimiert. Ehefrauen von Mitgliedern haben als Gäste Zutritt.

Stralaun.

Unerwünschte Schulgelddarlehen für Ausländer.

Auch die hiesige Gemeindevertretung hat sich bemüht, den „Auf der preussischen Gastfreundschaft“ zu beben. Sie hat vor einiger Zeit beschlossen, von Ausländern, deren Kinder die hiesige Volksschule besuchen, Schulgeld zu erheben. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß man für jene Kinder Separat-Klassen errichten müsse, was die Gemeinde erheblich belaste.

Wie wenig stichhaltig diese Begründung ist, zeigt der Umstand, daß hier hauptsächlich tschechische und polnische Kinder in Frage kommen und wohl kaum ein Lehrer der Gemeindegemeinschaft der tschechischen und polnischen Sprache mächtig ist; was doch nötig wäre, um Separatklassen einzurichten.

In Wirklichkeit liegen auch wohl ganz andere Gründe vor, die zu der recht feltamen Maßnahme führten. Wie gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß man die ausländischen Arbeiter, die man anlässlich eines vor mehreren Jahren bei der Firma Proben u. Sohn ausgebrochenen Streiks waggonweise als Streikbrecher heranlotste, wieder abzuweisen möchte, weil sie teilweise den Hausagrariern unbenommen werden.

Diese Leute, die in ihrer Heimat unter den ärmlichsten Verhältnissen aufgewachsen sind und infolge der an ihnen verübten Erziehungsweise keine großen Ansprüche an das Leben stellen, haften und haften teilweise noch mit zwei und drei Familien zusammen in einer Wohnung, wo sie meistens auf Strohschlafen, welches auf dem bloßen Fußboden ausgebreitet ist.

Solange der Streik dauerte, drückte man diesen Zuständen gegenüber ein Auge zu. Nachdem aber der Streik beendet, auch eine Wohnungsnot nicht vorhanden war, da begriffen die Hausbesitzer, daß sie an den ausländischen Mietern keinen großen Gewinn hatten. Zahlungsfähige einheimische Mieter, die von der ausländischen Nachbarschaft nicht sehr erbaunt waren, kehrten Stralaun den Rücken, und so standen bald zahlreiche Wohnungen leer. Nun sind aber verschiedene Hausbesitzer finanziell auch nicht derart gestellt, daß sie ein längeres Leerstehen von Wohnungen ruhig mit ansehen könnten; was liegt da näher, als daß man auf Abhilfe sann, der Kalamität zu steuern.

Der von der Gemeindevertretung eingeschlagene Weg ist ja geeignet, die Ausländer mit kinderreichen Familien über die Ortsgrenze nach Berlin und den Vororten, die kein Schulgeld für Kinder von Ausländern eingeführt haben, abzuschieben. Dem Ansehen Stralauns aber dürfte es nicht förderlich sein, daß es zu solchen heillosen Mitteln gegriffen hat, um Leute, die man beim Streik sehr wohl gebrauchen konnte, wieder loszuwerden.

Von dieser Maßnahme werden auch Arbeiter betroffen, die mit den oben erwähnten nicht auf eine Stufe zu stellen sind. So hatte man wohl deutsch-österreichischen Maschinisten, deren Kinder gar nicht tschechisch verstehen, Schulgeldrechnungen zugestellt, die sie bei Vermeidung der Pfändung innerhalb einer bestimmten Frist zahlen sollen. Die Rechnung des einen Arbeiters betrug 45 M.; pro Monat waren 5 M. für Schulgeld angezählt. Solche Schulgelddarlehen sind für einen Arbeiter mit geringem Einkommen unerwünscht; sollen es ja auch sein, denn er soll ja abwandern.

Wenn man sich den Gemeindefiskus vor Augen hält, dann sollte man wirklich nicht glauben, daß Stralaun bei Berlin liegt, sondern mühte eher an Mecklenburg oder an Rußland denken. Gegen das zigeunerhafte Leben in den Wohnungen, das weder in sittlicher noch in hygienischer Hinsicht zu billigen ist, kann man wahrlich noch in anderer Weise einschreiten.

Mariendorf.

Der nächste Ferienausflug nach Lichtentade findet am Dienstag, den 15. d. M., statt. Treffpunkt um 12 1/2 Uhr am Rathaus. Bei der Abendbrot ist den Kindern mitzugeben, für Getränke sorgt das Komitee. Das Fahrgehalt beträgt für Kinder unter 10 Jahren 10 Pf., über zehn Jahre 20 Pf.

Freitag nachmittags und Sonntag vormittags finden die Ferienspiele auf dem Spielplatz in der Ringstraße statt.

Weißensee.

Endgültiger Sanierungsbeschluss der Weissenfer Bank und weitere Hilfe seitens der Gemeindeverwaltung. Für den Ort war der letzte Freitag ein Tag von außerordentlicher Bedeutung. Um 7 Uhr tagte die Generalversammlung der Weissenfer Bank, um ihre finanzielle Lage zu besprechen und um Maßnahmen zu treffen, die finanzielle Lage zu verbessern. Hinterher um 9 Uhr tagte die Gemeindevertretung, um das Besprechen einzulösen, Hilfe zu gewähren, wenn ein der Revision und dem Ergebnis gemäßer Sanierungsbeschluss gefasst und binnen kurzer Zeit durchgeführt wird. Die Gemeindevertretung tagte bis nach 1 Uhr nachts, die Revision der Bank war vorgenommen von einem Genossenschaftsrevisor und auf Wunsch des Gemeindevorstandes von der Treuhändervereinigung der Dresdener Bank. Das Ergebnis der Revision von beiden Seiten ergab, daß Zahlungsunfähigkeit und Unregelmäßigkeiten nicht vorliegen, die Bücher waren ordnungsgemäß geführt. Die schlechten Verhältnisse auf dem Grundstücks- und Geldmarkt sind Schuld daran, daß gute Werte nicht zu realisieren sind. Zurzeit ist vorhanden ein Defizit von 850 000 Mark. Außerdem gelten als verloren der Reservefonds von 138 000 M., der Spezialreservefonds von 65 000 M., der Debitreservefonds von 37 000 M. und die vorhandenen 1074 Anteile à 500 M., gleich 537 000 M. Als Schuldner sind vorhanden mehrere Großbanken mit 460 000 M., die Gemeinde mit 1 440 000 M., Scheckkontoinhaber mit 895 000 M., Spargelberlinhaber mit 2 642 000 M. und das Wechselkonto mit 1 886 000 M., insgesamt circa 5 950 000 Mark. Nach diesem Stande wären die circa 300 Genossen der Weissenfer Bank verpflichtet, ihre Anteile bedeutend zu erhöhen und die Postsumme ebenfalls. So wurde dann beschlossen, jeden Anteil um 2500 M. zu erhöhen, mit der Maßgabe, die ersten 500 M. sofort und weitere 500 M. in den Monaten August, September, Oktober und November zu zahlen. Die Postsumme wurde auf 5000 M. erhöht. Die drei Direktoren wurden ihres Amtes enthoben, respektive haben ihre Kämter niedergelegt und wurden drei vom Gemeindevorstand vorgeschlagene Herren gewählt und zwar ein Bankvorsteher Reitzig, Gemeindeobersekretär Rehlhose und Schöffe Neues, außerdem wird der Gemeindevorstand durch drei Mitglieder im Aufsichtsrat vertreten sein. Es machte die Gemeindevertretung ihre Hilfe weiter davon abhängig, daß der Aufsichtsrat Verhandlungen anstreben muß mit den Scheckkontoinhabern und mit den Spargelberlinhabern, ihre deponierten Gelder noch längere Zeit stehen zu lassen, ebenso das gleiche von allen größeren Kreditoren. Der Gemeindevorstand ist ermächtigt worden, vorbehaltlich der Genehmigung des Kreisaußschusses Anleihen oder Bürgschaften aufzunehmen, die je nach Bedarf der Weissenfer Bank zustehen. Nachdem der Kreisaußschuß seine Zustimmung gegeben und weitere Gelder, sei es durch Anleihe oder Bürgschaften beschafft sind, werden sich die Pforten der Weissenfer Bank wieder öffnen, was vielleicht am Donnerstag oder Freitag geschehen wird, so lange wird wohl noch das Plakat: „Wegen Revision geschlossen“ an der Tür weiter prangen.

Herzfelde.

Ein junges Mädchenleben im Flammenmeer umgelommen. Ein Vorfall, der an Gräßlichkeit seinesgleichen sucht, hat sich am Sonntagabend um etwa 5 Uhr nachmittags im benachbarten Lichtenow (Lamm)

auf dem D. Schröder'schen Grundstück zugetragen. Dort lag der auf dem Hofe befindliche Strohschuppen an zu brennen. Die Frau des Besitzers bemerkte das Feuer und eilte hinaus, um Alarm zu schlagen. In diesem Augenblick sah sie den sechs-jährigen Sohn ihrer Mieterin Schulz aus dem brennenden Schuppen kommen. Da sie den Knaben nun der Brandstiftung verdächtig, soll sie ihn verb angefahren haben. Wahrscheinlich aus Schreck darüber rannte der arme Junge in seiner Angst wieder in den in Flammen stehenden Schuppen hinein. Frau Schröder hatte jedoch in ihrer Aufregung sich gar nicht mehr um den Knaben gekümmert sondern Hilfe zum Löschen herangeholt. Während dessen war aber der Schuppen vollständig in Brand geraten. Dem besklagenswerten Knaben jetzt noch Hilfe zu bringen, war unmöglich. Der Unglückliche verbrannte deshalb bis auf die Knochen. Was er gelitten haben mag, wird man sich kaum vorstellen können. Nachdem das Feuer gelöscht worden war, wurde nur noch sein Skelett vorgefunden. In der Verzweiflung war er gegen einen Nagel gerannt, der einen Arm vollständig durchbohrt hatte. Die Mutter des Knaben, eine Witwe mit noch vier unmündigen Kindern, brach, als man ihr von dem entsetzenden Tode ihres Sohnes Mitteilung machte ohnmächtig zusammen. — Der durch den Brand entstandene Materialschaden ist nicht sehr bedeutend.

Potsdam.

Der unbestätigte Bürgermeister. Nach langer Zeit dringt wieder eine Nachricht in die Öffentlichkeit, die sich auf die Wahl des zum Bürgermeister von Potsdam am 24. Mai gewählten Stadtrates Dr. Johannes Over bezieht. Wie aus dem Ministerium verlautet, hat der Minister des Innern es abgesehen, die königliche Bestätigung der Wahl zu befürworten, weil das Wahlreglement vom 15. April 1884 verletzt worden ist. Das lange Zögern im Eintreffen der erwarteten Wahlbestätigung ließ derartige Vermutungen und die Ereignisse scheinen die Richtigkeit dieser Annahme zu bestätigen, wenn auch bisher im Magistrat keine derogative amtliche Mitteilung eingelaufen ist. Zur Wahl standen am 24. Mai außer Dr. Over, Bürgermeister Pohl aus Verleberg und die Stadträte Kaufner (Kiel), Dr. Saran (Kassel) und Wallis (Erfurt). Im ersten Wahlgang erhielten: Dr. Over 24, Dr. Saran 14, Kaufner 11 und Pohl 3 Stimmen. Da die Stadtordnung im § 32 bestimmt:

„Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so findet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt.“

so nahm man nach dem Ergebnis des ersten Wahlganges eine Stichwahl zwischen allen vier Kandidaten vor. Hierin dürfte aber der Minister einen Wahlverstoß erblickt haben, da er das Reglement so auslegt, daß nur dann vier Kandidaten zur engeren Wahl gestellt werden dürfen, wenn mehr als vier Bewerber vorhanden sind. Es hätte also gleich im zweiten Wahlgang Stichwahl nur zwischen Dr. Over und Dr. Saran stattfinden dürfen und da schließlich im dritten Wahlgang Dr. Over nur mit 1 Stimme über die absolute Mehrheit, mit 27 von 52 abgegebenen Stimmen, gewählt wurde, befürchtet man wohl durch den Formfehler das Endergebnis unwillkürlich beeinflusst zu haben. In der gestrigen Magistratsitzung konnte man zur Bürgermeisterwahl keine entscheidende Stellung nehmen, da noch die allernötigste Unterlage fehlt, jedoch zweifelt man nicht an der formellen Unanfechtbarkeit des ministeriellen Standpunktes. Eine zweite Bürgermeisterwahl steht demnach für den Herbst bevor. Das Resultat wird auch hierfür ebenso schwer zu prophezeien sein wie bei der ersten Wahl. Zur Wahl werden, falls nicht Bewerbungen zurückgezogen werden, dieselben Kandidaten stehen.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung in Potsdam beschäftigte sich unter anderem mit dem Bau zweier Einfamilienhäuser auf dem Steifischen Wiesen. Man hat seinerzeit von der Firma Rhode das Terrain angekauft, um diese vor der Pleite zu schützen. Der Preis betrug 17 M. pro Quadratmeter. Wenn damals aus bekannt war, daß der Grund ganz mangelhaft und zum Bau wenig geeignet ist, rechnete man doch nicht mit so großen Schwierigkeiten, Abnehmer für die Baustellen zu finden, als sich dies jetzt herausstellt. Der Magistrat will jetzt selbst ein Einfamilienhaus mit 12 Zimmern zum Preise von 88 000 M. bauen, um es zu 6000 M. zu vermieten. Außerdem hat er eine Umfrage bei neun Baunfernehmern gehalten, ob sie geneigt wären, Einfamilienhäuser zu bauen bei Abgabe des Landes zu 10 M. pro Quadratmeter und bei Bewilligung von 75 Proz. Baugeldern. Auf dieses anscheinend günstige Angebot hat nur ein Unternehmer in zugehörigem Sinne geantwortet. An die seinerzeitige Rhodese Sanierung wird man noch lange mit gemischten Gefühlen denken und sich hoffentlich in Zukunft hüten, auf ähnliche Sachen wieder einzugehen. — Zwei Anleihen sollen aufgenommen werden, wovon die eine drei Millionen und die andere 10 Millionen betragen wird. Sie werden zum Teil für schwebende Bauprojekte und zum Teil zur Erweiterung der gewerblichen Unternehmungen usw. gebraucht. Während die Dreimillionenanleihe bewilligt wurde, wird die Zehnmillionenanleihe eine zweite Lesung erfahren, um dann auch angenommen zu werden, denn benötigt wird sie. — Die Errichtung eines Gemüsemarktes in der Teltower Vorstadt verzögert sich etwas, weil der Bezirksauschuß jetzt die Bewilligung von der Festlegung der Grundstücke abhängig macht, trotzdem diese eigentlich schon auf Grund einer Polizeiverordnung festgelegt sind. Diese wurden entsprechend dieser Polizeiverordnung seitens der Stadtverordneten festgelegt. — Für Turngeräte für die 7. Gemeindegemeinschaft wurden 332 M. bewilligt. — Für den Sebanrummel bewilligte man wie den Vorjahren 300 M.

Der Lesabend der sozialdemokratischen Frauen findet heute, Dienstagabend, im Lokal Hausmann um 9 Uhr statt.

Zahlabend findet am Mittwochabend in allen Bezirkslokale statt.

Die Kartellung am 30. dieses Monats fällt aus. Dieselbe findet bereits am Freitag, den 15. d. M., gemeinsam mit einer Genossenschaftsvorstandssitzung statt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariensfelde. Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 6 Uhr, im Zeichen-saal des neuen Schulhauses, Dorfstr. 53.

Spandau. Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 1/2 Uhr, im alten Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegemeinschaftliche ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbauamt

Wasserstand	am 13. 7.	am 12. 7.	Wasserstand	am 13. 7.	am 12. 7.
	cm	cm ¹		cm	cm ¹
Remel, Mühl	207	+8	Saale, Großh.	58	-2
Bregel, Jüterburg	17	+9	Havel, Spandau ²	1	-1
Bregel, Jüterb.	312	-12	Kaßow ²	-12	+2
Oder, Ratibor	470	+166	Spree, Spremberg ²	—	—
„ „ „	171	-6	„ „	82	+3
„ „ „	170	-22	„ „	152	+3
„ „ „	112	+8	„ „	224	-2
„ „ „	1	+7	„ „	518	-10
„ „ „	-42	-2	„ „	261	+18
„ „ „	42	-10	„ „	276	+25
„ „ „	—	—	„ „	98	+23
„ „ „	140	-8	„ „	148	-1
„ „ „	—	—	„ „	58	0

¹) + bedeutet Hoch, — Fall — ²) Unterpegel.